

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paeplow, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Verbands-Anzeigen für die breiteste Belegzahl oder deren Raum 80 A. Zeitungs-Preisliste Nr. 3338.

Inhalt: Klerikalismus und Arbeiterorganisation. — Die Tendenz der Baugewerks-Zinnung „Bauhütte zu Hamburg“. — Maurerbewegung: Kritik und Rückblick. Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Zur Lage in Potsdam. Betrachtungen über die Aussperrung in Mainz. Versammlungen und sonstige Bewegung. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc. Die Baugewerks-Berufsgenossenschaften im Jahre 1902. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Zentralverband der Maurer. — Zentral-Frankenkasse. — Anzeigen.

Klerikalismus und Arbeiterorganisation.

Wenn man dem Ursprung der konfessionellen, sogenannten „Christlichen“ Arbeiterorganisationen nachgeht, so stößt man auf folgende Tatsache: Diese Organisationen sind vom Ultramontanismus unter hervorragender, ja geradezu leitender Anteilnahme der Geistlichkeit gegründet worden zu dem ganz offen ausgesprochenen Zweck, die katholischen Arbeiter vom Anschluß an die selbständige Arbeiterbewegung abzuhalten. Um diesen Zweck, für welchen lediglich die kirchenpolitischen und hierarchischen Interessen des Ultramontanismus bestimmend waren, zu erreichen, haben Geistliche in schönster Weise ihre „Autorität“ als sogenannte „Seelsorger“ mißbraucht; im Reichthum und auf der Kanzel haben sie unter Spekulation auf die theologischen Dogmen von Himmelslohn und Höllenstrafen auf katholische Arbeiter dahin eingewirkt, daß dieselben es als eine „Sünde wider Gott und die heilige Kirche“ erachteten, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, welche hauptsächlich für sozialdemokratischen Arbeitern gebildet und geleitet wird.

Den katholischen Arbeitern wurde die Ansicht beizubringen versucht, daß „die Arbeiterfrage nur im engsten Zusammenhange mit der Religion und unter Leitung der Kirche zu lösen ist“. Das heißt mit anderen Worten und deutlicher: die katholischen Arbeiter sollen nicht mehr und nichts anderes in ihrem Verhältnis zum Kapitalismus fordern und anstreben, als was die Geistlichen gutheißen. Eine Aburteilung, die für jeden unbefangenen urteilenden Menschen ohne weiteres erkennbar ist.

Um die ganze Ungeheuerlichkeit dieser Lehre zu ermessen, braucht man sich nur zu vergegenwärtigen, wie die ultramontanen „Arbeiterfreunde“ nichts dagegen einzuwenden haben, es vielmehr als ganz selbstverständlich erachten, daß in den Organisationen und Koalitionen der Unternehmer der konfessionelle Unterschied keine Rolle zu spielen habe. Noch niemals hat ein katholischer Sozialpolitiker konfessionelle oder sogenannte „Christliche“ Zünnungen gefordert. Noch niemals ist davon die Rede gewesen, daß die katholischen Unternehmer sich gesondert auf konfessioneller Grundlage zu organisieren hätten. In den großen Unternehmerverbänden wirken katholische, protestantische, jüdische und atheistische Kapitalisten einträchtig zusammen; ohne sich um theologische Dogmen zu kümmern, ohne von „Gott“ und „Religion“ und „Kirche“ zu sprechen, betreiben sie gemeinsam die Wahrung ihrer Interessen, auch den Arbeitern gegenüber, und zwar ohne zu unterscheiden, ob die Arbeiter „Christlich“ oder sozialdemokratisch gesinnt sind. Es ist fasslich bekannt, daß katholische Unternehmer schon oft auch die „auf Christlicher Grundlage“ organisierten Arbeiter in brutaler und rücksichtsloser Weise verfolgt und beschimpft haben, wenn dieselben ernsthaft etwas unternehmen, das gegen kapitalistische Ausbeutungsinteressen ging. Man erinnere sich nur an den großen Vergarbeiterausstand im Jahre 1896.

Zunächst sind die „Christlichen“ Arbeiterorganisationen von Anfang an nach der Absicht ihrer Gründer und Leiter dazu bestimmt gewesen, die katholischen Arbeiter zu verhindern, sich mit ihren Klassen- und Berufsgenossen zum energischen Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu koalieren. Wiederholt haben wir die Erfahrung gemacht, daß die „Christlichen“ Gewerkschaften sich als

Streikbrecherorganisationen erwiesen und ihren kämpfenden Kollegen im entscheidenden Augenblick in den Rücken fielen. Und immer wurde dieser Verrat an der Arbeiterschaft durch pfäffliche Verheugung. Das kann nicht Wunder nehmen, denn auch in der Zentrumsparthei sind die Unternehmerinteressen die maßgebenden.

Doch worauf es uns hier in der Hauptsache ankommt, ist, festgestellt zu haben, daß der Klerikalismus es noch nirgend zu der Förderung konfessioneller Unternehmerverbände gebracht hat. Damit, daß diese Geistesrichtung für konfessionelle Arbeiterorganisationen unter dem Protektorat der Geistlichkeit eintritt, macht sie sich nicht nur einer offenkundigen Inkonsequenz, sondern geradezu eines Betrugs an den katholischen Arbeitern schuldig.

Das war im Klerikalismus nicht immer der Fall. Als Ferdinand Lassalle die sozialdemokratische Arbeiterbewegung geschaffen hatte, pflichtete der Bischof Ketteler von Mainz seiner Lehre, daß die Arbeiter sich organisieren müssen gegen das Kapital, unumwunden bei. Ketteler sprach und schrieb vom „gottlosen Kapital“. In einer seiner Schriften („Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit“) fährt er u. a. über die Notwendigkeit und Berechtigung der Arbeiterorganisation und der Streiks folgendes aus:

„Die moderne Volkswirtschaft hat durch Auflösung aller alten Verbindungen den Arbeiter gänzlich isoliert und lediglich auf sich selbst angewiesen und so den Arbeiterstand in eine verzweiflungsvolle Lage gebracht. Jeder Arbeiter stand mit seiner Arbeitskraft, die sein ganzes Vermögen ausmacht, allein da. Ihm gegenüber aber stand die Geldmacht, welche in demselben Maße dem Arbeiter gefährlich wird, wie ihr Inhaber ohne Gewissen ist und sie daher nur zur Befriedigung des Egoismus benützt. Die Grundzüge der modernen Volkswirtschaft hatten die entgegengesetzte Wirkung bezüglich der Menschlichkeit: in dem Arbeiter und der Geldmacht in der Hand des Kapitalisten. Der Arbeiter mit seiner Kraft wurde isoliert; die Geldmacht dagegen wurde generalisiert. Der Arbeiterstand wurde in lauter verzweigte Arbeiter aufgelöst, wo jeder einzelne gänzlich ohnmächtig war. Die Geldmacht verteilte sich aber nicht in mächtige Kapitalanteile, sondern im Gegenteil sammelte sie sich zu immer größeren und übermächtigen Massen. Ein Nothstand, der seinen Kindern 1700 Millionen Franken hinterläßt, ist so recht ein Produkt dieser volkswirtschaftlichen Richtung. Der Menschenverband wurde zerstört und an dessen Stelle trat der Geldverband in fürchterlicher Ausdehnung. Daran entstanden nun überall, wo sich diese Verhältnisse schrankenlos entwickeln konnten, für den Arbeiterstand die fürchterlichsten Zustände. Vor etwa 40 Jahren war dadurch ein großer Teil des Arbeiterstandes in England in den tiefsten Sumpf des sittlichen und physischen Elends geraten.“

Gegen diese Isolierung des Arbeiterstandes, gegen dieses Betreten der Menschlichkeit durch die Geldmacht ist nun von demselben England, von welchem das Verderben ausgegangen ist, der mächtige Antriebe zur Verbindung, zur Organisation der Arbeiter gegeben worden. Und diese Richtung, die Arbeiter zu organisieren, um mit gemeinschaftlicher Anstrengung ihre Rechte und Interessen geltend zu machen, ist daher berechtigt und heilsam, ja selbst notwendig, wenn der Arbeiterstand nicht ganz erdrückt werden soll von der Macht des generalisierten Geldes.

Die erste Forderung des Arbeiterstandes ist: eine dem wahren Werte der Arbeit entsprechende Schätzung des Arbeitslohnes. Diese Forderung ist im allgemeinen höchst billig; auch die Religion fordert, daß die menschliche Arbeit nicht wie eine Ware behandelt und lediglich durch Angebot und Nachfrage abgehäutet werde.

Dahin hatten es die vorhin erwähnten volkswirtschaftlichen Grundzüge gebracht. Die Arbeit wurde nicht nur als Ware, sondern der Mensch mit seiner Arbeitskraft überhaupt als Maschine betrachtet. Wie man die Maschine so billig wie möglich kauft und sie dann Tag und Nacht ausnützt bis zu ihrer Zerstörung, so wird der Mensch mit seiner Kraft nach diesen Systemen gebraucht. Diese Entwürdigung hatte in England bereits eine erschreckende Höhe erreicht.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zusug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

- Hamburg:** Ochsensoll b. Hamb. (Sperrung über Kummerfeld);
- Schleswig-Holstein:** Burg a. Fehmarn (Sperrung über Christian Hammer), Laboe (Sperrung über Stöling), Holtenauer (Sperrung über Schölzchen), Alt-Holtenauer (Bausperrung), Wicak b. Kiel (Sperrung über Kiefer aus Duisburg);
- Mecklenburg:** Boizenburg (Maurerstreik), Alt- und Neustrelitz, Fürstenberg (Maurer ausgesperrt), Waren (Sperrung über Gerber & Sohn), Neukloster (Sperrung über Eickelberg);
- Prov. Brandenburg:** Spandau (Sperrung über Hanne), Oßenslok (Sperrung über Lahne & Bauch), Trauenbrützen (Sperrung über die Bahnbauarbeiten, Unternehmer Zutz aus Bromberg), Wittenerberge (Sperrung über Witte), Tegel (Sperrung über Valting, Brunowstraße); Potsdam (Differenzen);
- Pommern:** Swinemünde-Ahlbeck-Heringsdorf (Maurerstreik), Anklam (Zimmererstreik);
- Prov. Posen:** Bromberg (Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer ausgesperrt);
- Prov. Sachsen und Anhalt:** Barby (Aussperrung der Maurer); Trebitz a. d. E. (Sperrung über Eilmer in Schönellin); Dessau (Differenzen);
- Thüringen:** Götburg (Sperrung über Köhler), Erfurt (Zimmererstreik);
- Brandenburg:** Blankenburg (Sperrung über L. Hartmann);
- Oldenburg:** Varel (Maurerstreik);
- Westfalen:** Dortmund (partielle Streiks), Hörde (Sperrung über Fritz Blinze), Geiselnkirchen (Fliesenleger in Lohnbewegung);
- Rheinprovinz:** Düsseldorf (Aussperrung und partieller Streik), Urfeld, Essen, Elberfeld-Barmen (partielle Streiks), Duisburg (Streik der Stukkateure), Oberhausen, Kalk b. Uden (Differenzen);
- Hessen:** Cassel (Aussperrung sämtlicher Bauarbeiter);

Ausland:

- Oesterreich:** Asch, Salsburg (Maurer und Zimmerer stehen in der Lohnbewegung);
- Ungarn:** Klausenburg, Nagy-Varad, Munkacs (Maurerstreik);
- Schweiz:** Bern (Streik der Zimmerer), Gené (Maurerstreik).

Dagegen entstanden vor allem die englischen Trades-Unionen, welche bald eine sehr große Ausdehnung gewannen. Das Hauptmittel der Trades-Unionen gegen das Kapital und gegen die großen Geschäftsunternehmer waren die Streiks. Man hat oft behauptet, daß diese Streiks durch die Förderung des Geschäfts und durch die Erhöhung des Lohnes auf Seiten der Arbeiter, welche die Arbeit einstellen, den Arbeitern mehr geschadet als genutzt haben. Das ist aber im großen und ganzen unrichtig. Die Streiks haben, wie dies schon der Engländer Thornton überzeugend nachgewiesen, den Arbeitslohn bedeutend gehoben. Dieser ist seitdem die Trades-Unionen ihre Tätigkeit begonnen, in einigen Gewerben um 50 pSt., in manchen anderen um 25-30 und in allen mindestens um 15 pSt. gestiegen. Thornton macht auch darauf aufmerksam, daß zwar bei den Streiks die Arbeiter in der Regel scheinbar unterlegen seien, daß aber dennoch infolge derselben überall bald nachher eine Erhöhung des Arbeitslohnes bewilligt worden sei, so daß die Niederlage nur eine scheinbare gewesen. Nach dem Vorbilde dieser Trades-Unionen sind nun auch in Deutschland die Genossenschaften gebildet. Dieses Bestreben nach rechtmäßiger Erhöhung des Lohnes ist gewiß nicht vernünftig. Daß die menschliche Arbeit auch entsprechende Lohn empfangt, ist eine Forderung der Gerechtigkeit und des Christentums.

So Althoff Kettler vor 34 Jahren, zu einer Zeit, als die Zentrumspartei noch nicht bestand. Er war weit entfernt von dem pfäffischen Unfug, konfessionelle Arbeiterorganisationen zu fordern. Auch Mousfang, einer der ersten Führer des Zentrums, hat diese Forderung nicht erhoben in seinen Ausführungen zur Arbeiterfrage.

Die Tendenz der Baugewerks-Jungung „Bauhütte zu Hamburg“.

„Calumnias auctor, semper aliquid haeret.“

Verleumdung nur Lüge! Etwas bleibt immer haften! Dies scheint der Wahspruch der „Bauhütte zu Hamburg“ und anderer Jungungen zu sein. Anlässlich der vorjährigen Lohnbewegung der Hamburger baugewerblichen Arbeiter haben die Hamburger Baugewerksinnungen (Bauhütte, Glaser, Klempner, Maler, Schlosser, Tischler und Töpferinnungen) an die Hamburger Bürgergesellschaftsvereine und den Senat eine Denkschrift gerichtet, die von Beschimpfungen und Verleumdungen der Gesellen und Arbeiter nur so wimmelt. Die Schrift ist datiert vom Mai d. J., aber erst Mitte Juni an die Bürgergesellschaftsmitglieder gelangt, nachdem die „Bauhütte“ auf neue „schwer bedroht“ war durch die von den Maurern und Zimmerern verhängten Sperren. Bei dem beschränkten Raum unseres Blattes vermögen wir nur einige „Perlen“ aus dem Prachtstück von „Denkschrift“, einem Dokument innungsmessiger „Wahrheitsliebe“, unseren Lesern vorzuführen. Aber auch diese Proben genügen, um zu zeigen, was Geistes Kinder die Verfasser und Unterzeichner der „Denkschrift“ sind. Es heißt darin:

„Von den Handwerksgehilfen des Baugewerbes sind es von jeher stets die Maurer und Zimmerer, außerdem deren Hilfsarbeiter gewesen, die planmäßig zuerst ins Kreuz geschickt wurden, um günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen. Niemand wird den Leuten diese Forderung verargen können, so lange sie sich in angemessenen Grenzen hält. Dieses ist jedoch nicht zu erkennen gewesen. Hamburg hat seit langer Zeit schon bezüglich der Höhe der Bauarbeitslöhne im Deutschen Reich an zweiter Stelle gestanden. Dabei ist noch besonders hervorzuheben, daß mit den gesteigerten Löhnen und mit der kürzeren Arbeitszeit gleichzeitig eine Abnahme der Arbeitsleistung eingetreten ist. Bei den Maurern ist planmäßig darauf hingearbeitet worden, daß der Geselle statt wie früher 11-1200 Steine, jetzt nur noch circa 800 täglich vermauert. In demselben Verhältnis werden Kupararbeiten und anderes betrieben.“

„Gleichzeitig mit der Steigerung der Löhne und der Verminderung der Leistungen ist eine unerträgliche Annäherung der sog. Bau- und Werkstattdeliquenten hervorgetreten. Nicht allein, daß in den sog. Bauhütten heute kein Arbeiter mehr wagen darf, ein anderes als ein sozialdemokratisches Blatt hervorzuheben, sondern auch auf den Verträgen findet während der Arbeitszeit häufig genug der Versuch eines solchen Deliquenten statt. Er fragt jeden Arbeitenden nach seinem Verbandsbuch, und hat der Bestrebende es nicht in der Tasche, so muß er auf Kosten des Meisters, der ihn begehrt, hinunter zu seiner Kleidung und das Buch holen.“

„Die Hamburger Arbeiter, besonders diejenigen des Baugewerbes, sind leider zum allergrößten Teile derartig in heftigen Händen und mit sozialdemokratischem Geiste infiziert, daß ihr Bestreben nicht mehr der Förderung gemeinsamer Interessen gilt, sondern ihr erster Gedanke sich lediglich darauf richtet, wie dem Arbeitgeber am schmerzhaftesten und schmerzhaftesten ein Leid beizubringen ist. Wie anders soll man es sich sonst erklären, daß bei der fortgesetzten Hochpreisbildung der Bauarbeitslöhne auch dem Manne mit geringem Einkommen das Wohnen struppellos verteuert wird.“

„Die Gewerbeordnung hat den Jungungen die Aufgabe gestellt, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen zu fördern. In diesem Sinne ist durch das Gesetz die Einrichtung der Gesellenausschüsse getroffen; mit welchem Erfolge, hat der verfloßene Sommer gezeigt.“

„Der Gesellenausschuh der Baugewerksinnung hat eine Schiedung nach der anderen gemacht, um den Meistern nicht Rede und Antwort stehen zu müssen; er hat es sogar abgelehnt, auf Kosten der „Bauhütte“ eine Vermählung der bei der Innung beschäftigten Gesellen herbeizuführen. Alles dies lediglich, um der sozialistischen Gewerkschaftsleitung die Bahn frei zu halten.“

„Die Meister widerstreben im allgemeinen einer Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit nicht deshalb, weil sie sich aus der Verweigerung einer persönlichen Vorteil beschreiben, sondern weil dadurch in vieler Beziehung eine Konkurrenzfähigkeit entstehen würde, wie dies bei Arbeiten nach der Umgegend (zum Beispiel Losflechten Lager), für Export usw. heute schon der Fall ist, und weil bei dem Verzahren der sozialistischen Führer eine Grenze in den Forderungen nicht abzusehen ist.“

„Eine bewilligte Forderung wird von den betreffenden Führern sofort zum Anlaß genommen, mit einer neuen herzutreten. . . . Verlangt doch z. B. der Berliner Zentralverband der Maurer, daß künftig außer neun Stunden von der Arbeitsstunde noch der Weg nach und von der Arbeitsstätte bezahlt werden soll.“

„Die Sperren und Aussperungsvorgänge des Sommers beweisen, daß die im hamburgischen Gewerbe gezahlten Löhne auskömmlich sind. Nach den eigenen Veröffentlichungen der Gewerkschaften hat eine ganze Reihe von Maurern, Zimmerern und Klempnern keine Streiksunterstützung bekommen; sie konnten es eben infolge ihrer Ersparnisse aushalten.“

„Auch die oft angeführten Winterverdienste müssen also genügen sein und sie würden es um so mehr sein, wenn nicht ständig im Sommer die Bauwirtschaft systematisch heunüchigt würde, und so zum Winter wieder laufenden Lohnende Arbeitsgelegenheit absichtlich dadurch entzogen würde, daß die Bauten nicht genügend gefördert, oft kaum dem Grund entwachsen, geschweige denn unter Dach gebracht sind. Um so mehr fallen manche Elemente der Arbeiterschaft absichtlich oder unabsichtlich den staatlichen Verfügungen, Krankenversicherungen, Wohltätigkeits- und Armenanstalten zur Last, während die Partei, resp. Gewerkschaftsliste ihr Ziel unbarmherzig eintreibt.“

„Um den Beweis zu erbringen, daß der Arbeitsnachweis in Händen der Innungen gehört und eine Mißverwaltung der Arbeiter ausgeschlossen bleiben muß, müssen die Unternehmer, die den Innungen nicht angehören, gleichfalls ihr Fett kriegen. Zunächst wird gesagt, . . . daß eine Beteiligung der verbotenen hamburgischen Arbeiterobergarberden Führer zu endloser Verhängung von Sperren über einzelne Betriebe führen würde, von systematischer Sperrung ganzer Gewerbe gar nicht zu reden. Einen sprechenden Beweis hierfür bildeten die Betriebe benachteiligter Maurer- und Zimmermeister, welche von Anfang an alles bewilligt hatten. Sobald dieselben sich in irgend einer Weise erlauben, anderer Meinung als die sog. Baubelegierten oder Vorführer ihrer Leute zu sein, wurde sofort über sie die Sperre wieder verhängt, bis sie bedingungslos nachgaben.“

„Und dann wird in einem „soßen Liebe“ auf die „Tatkraft“ und „Menschlichkeit“ der Innungsmeister bedacht, die ungunstigen Unternehmer in Gemeinschaft mit den Arbeitern der Verhängung von Staatsgeboten durch Befragung seltener Arbeiter zu verhängen. Die Verfasser der „Denkschrift“ beanspruchen nicht weniger, als daß Staatsarbeiten nur an Innungsmittglieder vergeben werden. Da die Gelegenheit gar zu schön ist, erneuern die Herren auch gleich ihre Forderung nach der Streiklausel, und in ihrer großen Verzagtheit verlangen sie diesen Schutz sogar für die eben erst so schwer bedrückten „struppellosen“ Unternehmer. Es heißt in der „Denkschrift“:

„Daß diese Kategorie von Arbeitgebern außerdem gezwungen ist, mit jeder Arbeitsausführung aufzuziehen zu sein, liegt auf der Hand. Vergessen sie die Arbeiten an Altkorarbeiter, so geht diesen schneller Verdienst vor guter Arbeit; lassen sie selbige im Tagelohn ausführen, so bringt die Minderleistung eine ganz unerschwingliche Wertverwertung herbei. Werden nun bei öffentlichen Arbeiten diese Zustände infolge des leidigen Submissionswesens nicht von vornherein sichtbar, so verzeuern sich doch alle Neben- und Extrarbeiten, an denen der Unternehmer das Verlorene herauszuholen sucht, derart, daß Bauten nicht allein an und für sich zu teuer werden, sondern auch ganz unerschwinglich für die nachbewilligten Unternehmen. Darin, daß diese Unternehmer unterschiedslos zu allen Staatsarbeiten zugelassen werden, trotzdem sie sich von den gesellschaftlichen Organisationen ihrer Berufsgenossen fernhalten, dagegen denjenigen Elementen, die auf eine Verstärkung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung hinarbeiten, struppellos nachgeben oder geradezu Vorstoß leisten, liegt eine schwere Schädigung des Sozialwerks als solchem.“

„Das in den Innungen korporierte Handwerk hat es bisher stets für seine selbstverständliche Pflicht gehalten, dem Freien der Sozialdemokratie Widerstand zu leisten und sie in gewissen Schranken zu halten; es wird aber bei der absoluten Gleichberechtigung jener selbständigen Handwerker, denen Verdienst über alles geht, in seinen Bestrebungen erlahmen. Es ist daher dringend geboten, daß Staatsarbeiten nur an Innungsmittglieder oder an solche Handwerker vergeben werden, die ihre Gehilfen durch die Innungsmittglieder einstellen. Da der Eintritt in die Innung und der Verbleib darin jedem anläßlichen Handwerker freisteht, so absolut keine Härte darin gefunden werden können, daß die Staatsbehörden der gestellten Forderung gemäß verfahren.“

„Hand in Hand hiermit geht die Forderung des Streikparagrafen. Es mag gern vorweg bemerkt werden, daß in diesem Sommer seitens unserer löblichen Behörden dankenswerter Mühsicht geübt worden ist. Aber weit entfernt davon, den Streikparagrafen als eine zu jeder Zeit dienliche Waffe und als Dedantel auszuheben zu wollen, muß die Einführung des Streikparagrafen in die Bauordnung gefordert werden, um nicht aus Gnade, sondern aus Recht des Schutzes teilhaftig zu sein. Sobald der Streikparagraf auch den horezwängten struppellosen Handwerkern zu gute kommen kann, werden diese einsehen, daß auch sie unter solchem Schutz im Stande sind, ungeschützten Forderungen Widerstand zu leisten, statt zum Schaden des Gewerbes von vornherein alles bewilligen zu müssen. Diese Augenstehenden haben übrigens in verhältnismäßig vielen Fällen nichts zu verlieren und sehen eines Tages wieder in den Reihen der Gesellen, hinterlassen aber dem im Existenzkampf als harter Teil der Arbeitgeber die Last ihrer sogenannten Bewilligungen.“

„Der Schutz durch die Streiklausel soll aber nicht nur den Herren „Arbeitgebern“ zu gute kommen, sondern auch die Arbeiter — selbstverständlich nur die „Arbeitswilligen“ — sollen davon profitieren. Den „Denkschriftstellern“ scheint bei dieser Argumentation der Gedanke vorgekommen zu haben, daß sie mittels der Streiklausel in der Lage sind, selbst die arbeitswilligsten Menschen monatlang von der Arbeit auszusperrn und somit vor den Schäden der Arbeit zu bewahren. Es wird fierlich behauptet, daß es „eine der ersten Aufgaben der Arbeitgeber ist, die gutgestellten Leute zu schützen“. Und daran schließt sich die bittere Klage: „daß der staatsfeindliche Schutz dieser Leute zur Zeit ein gänzlich ungenügender ist“. Damit ist das Leiden der Innung aber noch nicht erschöpft, denn: „Es soll nicht besteht werden, daß, von den heiligen freien Gesellen abgesehen, die Aussperungen und Streiks eine Anzahl minderwertiger Arbeitswilliger nach hier geführt haben, die besonderen Schutz kaum verdienen. Sehr viele ordentlichen Gesellen und Arbeiter aber mühten Hamburg den Rücken kehren, weil ihnen die Verdrehungen und Gewalttätigkeiten der Streikenden den Aufenthalt unmöglich machten. Zwar ist den heiligen Arbeitern das Bestreben gewiß nicht zu verübeln, eine Ueberfüllung des Arbeitsmarktes zu verhindern. Es erscheint aber ganz verwerflich, ein solches Bestreben in jeder Gestalt unbefruchtet werden zu lassen, wenn die Meisterschaft bei Streiks und Sperren in die Notlage versetzt ist, sämtliche Fräter, Träger und Unfähigen zu gleichen Bedingungen wie jeden Tüchtigen und Fleißigen in Arbeit zu stellen. . . . Dem betroffenen Arbeitgeber steht infolge der Maßnahmen der Gewerkschaftsleitung nicht allein der Ruin vor Augen, sondern auch persönlich muß er sich die größten Weibidigungen gefallen lassen. Der Ruin wird auf mehrere Arten herbeizuführen gesucht.“

„Nun ist die richtige Stimmung vorhanden, um das honeste Bürgertum vor den Streikposten und Gewerkschaftsführern grüßlich zu machen. Nach den Schilderungen in der „Denkschrift“ ist dies ja auch eine ganz „berrüdige Gesellschaft“, gewissermaßen der „Abgarn der Menschheit“. Die „Denkschrift“ entwirft folgendes Bild von den Streikposten und Gewerkschaftsführern:

„Das Streikpostenfeste wird in einer Weise ausgeführt, daß ein Arbeitgeber, über den die Gesellschaft die Sperre verhängt hat, entweder kündigt ist, allen Forderungen seiner Beden und deren Hiermänner nachzugeben, sie seien so sinnlos wie sie wollen, oder seinen Betrieb einzustellen. . . . Ein derartig blodierter Betrieb muß zur Einstellung kommen, es sei denn, er fände Arbeitswillige, von denen jeder einzelne ein Geld wäge. Die Verechtigung der letzten Anführung beweisen die Vorgänge an den Bauten durchaus. Was man in dieser Beziehung heute von den Arbeitern zu erwarten hat, zeigen die zahllosen stattgehabten Demolierungen.“

„Ganze Wagenladungen Zement sind auf den Bauten an der Langan Heide, St. Georg, durch absichtlich beantragte Ueberfüllungen vernichtet worden; man hat die Wasser-schläuche geschnitten, Fallgruben hergestelt und ähnliches mehr.“

„Nimmt man hinzu, daß den Meistern in der sozialistischen Presse die größten Weibidigungen nachgesagt werden, deren Unwahrscheinlichkeit nachzuweisen und zu strafen die Verdichte erst nach Monaten in der Lage sind, wenn es keinen Zweck mehr hat, so begreift man, weshalb auf diese vielen Niederträchtigkeiten von Seiten der Arbeitgeber so selten geantwortet wird. Hieraus aber und aus dem ängstlichen Verhalten der bürgerlichen Presse leiten die Gewerkschaftsführer ihre weiteren Maßnahmen ab. Sie verbreiten struppellos Verurteilungen in ihren Parteiblättern und unter der Hand. Jener klaffende Fall, wo sich ein Schlachter in der Backstraße weigerte, Fleisch für Arbeitswillige herzugeben, steht nicht etwa allein da; auch Bierwürger hiesiger Brauereien haben ähnlich gehandelt, und die Brauereien waren nachlos dagegen. Kein kleiner Arbeiterverband darf heute, wenn er Arbeiterunfähigkeit hat, mehr gegen den Befehl der sozialdemokratischen Führer handeln. Er darf nur von Leuten laufen, die zur „Partei“ gehören und in vielen Fällen darf er auch nur an solche verkaufen. Dem kleineren Kunden des Biermeisters der Klemperinnung, Verlein, ist von fast sämtlichen Sozialistenflüssen die Alternative gestellt worden, bemessen ihre Kundschaft zu entziehen oder ihre Gäste beim Arbeiter zu verlieren.“

„Auf diese Weise wird der Ruin eines Arbeitgebers herbeizuführen gesucht, der es wagt, der Sozialdemokratie zu widerstehen.“

„Was die Situation eines arbeitswilligen bei Streiks und Sperren anbelangt, so muß ein solcher sowohl persönlichen Mut und physische Kraft in hohem Maße besitzen, um sich selbständig vor Belästigungen und Mißhandlungen zu schützen. Nun behnelt aller Streikposten Scheuen vor einer Verdrehung nicht zurück, zahlreich sind die Fälle tätlicher Mißhandlung. . . . Verschiedene Urteile von hamburgischen Gerichten haben dazu beigetragen, diesen Streikposten eine Annäherung und Dreistigkeit zu eigenen zu machen, die über Erlaubtes weit hinausgeht.“

„In dieser Beziehung sind einerseits die arbeitswilligen geradezu vogelfrei, während dem Streikenden seitens des Publikums, einzelner Behörden und Gerichte alle mögliche Rücksicht und Bedauern zu teil werden.“

„Dabei ist es notorisch, daß diejenigen Streikposten, deren Bekämpfung herbeizuführen gelungen ist, in den meisten Fällen wegen Diebstahls und Körperverletzung vorbestrafte Personen waren. Bemeist dies einerseits, mit welchen Subjekten die Meisterschaft sich

herumzuschlagen hat, so besteht es auch andererseits, mit diesen Elementen die Gewerkschaften ihre Kämpfe auszufohren. Die Führer sind meist Leute, die in ihrem Geschäft nicht zu brauchen waren, sei es wegen Unfähigkeit, sei es, weil sie ihre Zeit mehr zur Agitation als zur Arbeit beizumessen. Die Hauptwerkzeuge aber sind Subjekte, denen jedes Mittel recht ist. Bei der Meisterhaftigkeit als Heber, Zerkner und Diebe bekannt, finden sie auf keiner Seite ein regelmäßigeres Einkommen als bei Speeren und allgemeinen Arbeiterausständen. Sie befinden sich in ihrem Fahrwasser dann um so leichter, als ihnen die Führer noch obendrein eine gewisse Gewalt über die anhängenden Elemente der Gesellschaft geben, die sie zu ähnlichen Taten antreiben müssen.

Aus allem diesem aber ergibt sich, daß heute in der hamburghischen Arbeitererschaft nicht mehr das gesunde Bestreben maßgebend ist, für Fleiß und gute Leistungen eine entsprechend gute und, wo möglich, bessere Bezahlung zu finden, sondern den Arbeitgeber mit allen Mitteln zu zwingen, das zu bewilligen und zu bezahlen, was den Gewerkschaftsbeamten beliebt, um deren Ansehen bei den Genossen zu erhöhen und die Parteikassen zu füllen.

Maurerbewegung. Archiv und Bibliothek.

Zur Vervollständigung des Verbandsarchivs und um es von Zweigvereinen möglich zu machen, auch die älteren Protokolle für ihre Bibliothek von uns erhalten zu können, brauchen wir die nachfolgend näher bezeichneten Protokolle, Schriften zc.:

A. Für die Zeit vor dem Sozialistengesetz.

1. Protokolle und sonstige Schriften:
 - a) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins und des Allgemeinen deutschen Maurervereins im Januar 1870.
 - b) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurervereins im Juli 1871.
 - c) Protokoll des Allgemeinen deutschen Maurervereins zu Berlin im Mai 1872.
 - d) Protokoll über Verhandlungen des Kongresses der Maurer und Steinhauer des Deutschen Reichs, Deutsch-Oesterreichs und der Schweiz zu Berlin im Juni 1873.
 - e) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauervereins im Juni 1873.
 - f) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauervereins 1874.
 - g) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes zu Hamburg im Juli 1875.
 - h) Protokoll der Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes im Juli 1876.
 - i) 19 Briefe von Paul Grottkau. Unterhaltendes für die Mitglieder des Allgemeinen deutschen Maurervereins.

2. Statuten:
 - a) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Zimmerervereins 1870;
 - b) des Allgemeinen deutschen Maurervereins 1871 und 1872;
 - c) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauervereins 1873 und 1874;
 - d) des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes 1875, 1876 und 1877;
3. Flugblätter und etwaige sonstige Drucksachen und Schriften, welche in irgend einer Weise auf die Maurerbewegung in den Jahren von 1868 bis 1878 Bezug haben.

B. Fachvereinszeit von 1882 bis 1891.

1. Protokolle:
 - a) vom 1. Kongress zu Berlin 1884,
 - b) " 2. " " Hannover 1885,
 - c) " 3. " " Dresden 1886,
 - d) " 4. " " Bremen 1887,
 - e) " 5. " " Cassel 1888,
 - f) " 6. " " Halle 1889,
 - g) " 7. " " Erfurt 1890,
 - h) " 8. " " Gotha 1891.
2. Statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Maurer Deutschlands:
 - a) tabellarische Darstellung 1889,
 - b) " " " 1890,
 - c) Broschüre 1890, " 1892.
3. Statuten aus den drilichen Fachvereinen in den Jahren 1889 bis 1891.
4. Flugblätter, Lohnsätze und sonstige Drucksachen aus der Fachvereinszeit.

C. Verbandszeit.

1. Protokolle:
 - a) vom 1. Verbandstag zu Cassel 1892,
 - b) " 2. " " Altona 1894,
 - c) " 3. " " Gallestadt 1895,
2. Statuten von 1891, 1892, 1894, 1895, 1897 und 1899.
3. Flugblätter, Lohnsätze und sonstige Drucksachen, sowie wichtige Schriftstücke.

Wir ersuchen alle Zweigvereine und auch die einzelnen Mitglieder, welche sich im Besitze

einer oder mehrerer der vorgenannten Schriften befinden, uns dieselben zu überlassen und auszugeben. In jedem einzelnen Falle erfolgt Zurückerstattung der Ausgaben und auf Wunsch auch Bezahlung der Spesen.

Der Verbandsvorstand. J. A. Th. Bömelburg.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Aus Cassel wird berichtet: Auch in dieser Woche hat der Streik eine bemerkenswerte Veränderung nicht erfahren. Es haben zwar wiederum Einigungsverhandlungen stattgefunden, sie verliefen aber wie die früheren resultatlos. Die krampfhaften Bemühungen der Unternehmer, "Arbeitswillige" von auswärts nach hier zu schleppen, waren zum Teil von Erfolg gekrönt. Sie haben es fertig gebracht, in Chemnitz, Bromberg, Hannover, Stuttgart und Würzburg etwa 70 Italiener und 10 Bayern anzuwerben, die unter Führung hiesiger Unternehmer in Cassels Mauern ihren Einsatz hielten. Die "Arbeitswilligen" hat aber nicht standgehalten, denn bis auf 16 Italiener sind die Importierten nach einigen Tagen wieder von den Streikenden abgeschoben worden. Und so wurde den Herren Meistern, die Cassels Maurer durch "internationale" Streikbrecher niederzujwingen, wiederum ein Streik durch die Rechnung gemacht. Es wird ihnen deshalb nichts anderes übrig bleiben, als recht bald mit den Streikenden Frieden zu schließen, indem sie die Forderungen bewilligen.

Der Streik in Düsseldorf hat in den letzten Tagen größere Dimensionen angenommen. Bis zum 22. August hatten von den in Betracht kommenden 770 Gesellen rund 600 die Arbeit niedergelegt. Von diesen sind 170 abgereist und 150 arbeiten an neuen Bedingungen der 15 Unternehmer. Streikende waren am Schluß der Woche noch 280 vorhanden und als "arbeitswillig" wurden 166 Gesellen gezählt. Darunter sind auch die Mitglieder des sich "christlich" nennenden Verbandes. Sperrt sind 58 Unternehmer. Die Situation ist nach wie vor sehr günstig und ist auch schon ein weiterer Erfolg (abgeschien von den 16 Bewilligungen) zu verzeichnen. Während nämlich vor Ausbruch des Streiks die Unternehmer in ihrer Versammlung großspurig beschlossen, überhaupt nichts zu bewilligen, haben sie gleich am zweiten Streiktag mit den "Christlichen" ein Abkommen getroffen. Am anderen Tage, fand in den bürgerlichen Mätern folgendes Interat darüber:

Belanntmachung.

Der Unterzeichnete hat mit dem Vorstände des Verbandes christlicher Maurer, Zweigverein Düsseldorf, folgendes Abkommen getroffen:

1. Der bisher gezahlte Normalstundenlohn von 48 A wird von den Maurermeistern Düsseldorfs bis zum 28. September d. J. weiter gezahlt,
2. vom 28. September bis zum 1. April 1904 wird ein Stundenlohn von 50 A gezahlt, und
3. vom 1. April 1904 bis dahin 1906 ein solcher von 52 A.

Die Handlanger erhalten während der vorgenannten Zeiten einen um 10 A geringeren Lohn als die Maurer.

Eine Arbeitsverbarung soll mit dem zu wählenden Gesellenauschuß demnach durch die Freie Bau-Zinnung vereinbart werden.

Düsseldorf, den 19. August 1903.

Clemens Wühlentamp,

Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe. Im lokalen Teile der Zeitungen wurde dann noch mitgeteilt, daß durch diese Abmachung die Unternehmer hoffen, bis zur nächsten Woche die fehlenden Maurer mit "Christlichen" zu ersetzen. Diese ehrenwerten Leute haben sich nämlich verpflichtet, bis dahin Arbeitskräfte in genügender Zahl heranzuschaffen. Was man bis vor wenigen Wochen nicht für möglich gehalten hätte, das ist jetzt in Düsseldorf der Fall. Die Mitglieder des "christlichen" Streikbrecherverbandes stehen auf den Düsseldorfser Bahnhöfen unter Aufsicht eines Vorstandsmittgliedes, um zureisende "Arbeitswillige" in Empfang zu nehmen. Bei dem geringsten Anlaß laufen sie zu dem diensthütenden Polizei- oder Stationsbeamten und benutzten unsere Streikposten. Ja es kommt noch besser: Die Vorstands- und auch andere Mitglieder fahren in Rheinland-Westfalen umher, um Streikbrecher für Düsseldorf anzuwerben. Die Kosten für alle diese Tätigkeiten trägt die Unternehmer. Einer dieser Streikbrecheragenten erklärte uns: "Mir ist es egal, was ich mache, ich bekomme ja dafür bezahlt."

Was sagen die deutschen Maurer dazu? Da schreiben diese Kreaturen vom "Terrorismus der Sozialdemokraten", wenn mal irgendwo unsere Kollegen sich weigern, mit solchen Subjekten aufzunehmen zu arbeiten. Hossentlich geben unsere Kollegen allerorts dieser organisierten Streikbrecherbande die richtige Antwort auf ihr niederträchtiges Verhalten.

Aus der angebrosten Aussperrung in Krefeld ist nichts geworden. Der Unternehmer Overbeck stellte auf einem Bau den Maurern die Wahl: Wer nicht für den bisherigen Lohn weiterarbeiten wolle, könne sofort aufhören. Die Maurer sahen das letztere, Herr Overbeck aber bezichtigte darauf, auf seinen übrigen Bauten daselbe Experiment zu machen. Von den 224 Maurern sind 185 in den Streik eingetreten. Die Führer der wenigen "Christlichen" haben zwar erklärt, daß sie nicht mitmachen würden, einige von den Mitgliedern haben sich aber doch mit unseren Kollegen solidarisch erklärt und die Arbeit verlassen. Es zeigt sich aber auch hier, daß die Zentrums-gewerkschaften eine Unternehmerschutztruppe sind, die mit den schärfsten Mitteln das Bestreben der Arbeiterschaft, sich eine bessere Existenz zu erringen, zu verhindern suchen.

In Essen hat die Firma Johann Moser, eines der ersten Baugeschäfte, sämtliche Forderungen der Streikenden bewilligt, und diesem Vorgehen haben sich alsbald noch vier andere Unternehmer angeschlossen. Von der angebrosten Aussperrung hört man nichts mehr. Im Streik befanden sich am Donnerstag der vorigen Woche 91 Kollegen, die Zahl dürfte jedoch am Sonnabend erheblich größer geworden sein, da mit diesem Tage die Abmündungsfrist bei mehreren Unternehmern abließ.

Die Eisenberger Zinnungsmeister sind dem Vorstände ihres Verbandes, dem nächsten Frühjahr ab 50 A Stundenlohn zu zahlen, nicht gefügt; nur 48 A wollen sie zahlen. Diesen Beschluß sind die Baermer Unternehmer beigestimmt. Es soll ein Schlichterband für die hiesigen baugewerblichen Betriebe gegründet werden, um die Forderungen der Gesellen und Arbeiter

wirksam abzuwehren. Unsere Kollegen hielten am Sonntag in Warmen und Elberfeld Versammlungen ab, in denen der Streik beschlossen wurde, in Warmen gegen die Stimmen der "Christlichen" wogegen in Elberfeld die "Christlichen" für den Streikbegriff stimmten. Der Streik soll, wie in den anderen rheinischen Städten, parzell durchgeführt werden. Zu einer Aussperrung dürfte die Einigkeit der Baermer-Eisenfelder Unternehmer wohl nicht reichen. Die Lohnkommission wird bei den Unternehmern einzeln vorstellig werden und die sofortige Zahlung eines Mindeststundenlohns von 48 A verlangen.

Unsere Kollegen in Solingen beabsichtigen gleichfalls, die gute Konjunktur auszunutzen und Lohnforderungen zu stellen. Die Hiesigen in Gelsenkirchen-Neckendorf haben die Sperrung über die Firma C. S. Bertelmann verhängt. In Eisenberg halten unsere Kollegen beschlossen, den Streik zu beenden, nachdem die Unternehmer eine geringe Lohn-erhöhung angeboten hatten. Hinterher sollten aber fünf Kollegen, entgegen dem Versprechen der Unternehmer, nicht wieder in Arbeit gestellt werden. Dadurch ist der Streik wieder in Frage gestellt worden, auf den-unterers Erachtens die Streikenden hätten gar nicht eingehen sollen. Die Zugeständnisse sind denn doch zu minimal, als daß sie wert wären, durch einen Vertrag befestigt zu werden. Bisher sollte man die Arbeit hebingungslos aufnehmen, und wenn die Unternehmer darauf nicht eingehen wollen, dann überläßt man ihnen vorläufig den Kampfplatz und sucht sich anderwärts Arbeit. Die Städte, in denen Arbeit zu besseren Bedingungen erhältlich ist, liegen doch nicht gar so weit ab von Eisenberg.

Der Streik in Tümmen wurde am 16. August in einer Versammlung für beendet erklärt.

Auch in Bochum hat sich die Bewegung vorläufig erledigt. In Wunzlar üben die Unternehmer jetzt Druck an einigen Streikenden. Mehrere Kollegen mußten den Ort verlassen, weil sie nicht in Arbeit gestellt wurden. Hossentlich ist die Zeit nicht fern, wo unsere Kollegen mit gleicher Würde zahlen können.

In Hauenberg a. Harz wurde über den Bau des Unternehmers Hartmann, der noch bis vor kurzem Mitglied unseres Verbandes war, die Sperrung verhängt. Hartmann hatte zwei Kollegen Fausthaft vorgezornen, worauf sie und auf Versammlungsbeschluß noch fünf andere Kollegen die Arbeit niedergelegten. Danach wird man annehmen müssen, daß die selben Kollegen zu unrecht der Fausthaft gestehen worden sind und sie hatten dann auch das gute Recht, die Arbeit sofort zu verlassen. Ob aber die Versammlung mit der Beschlußfassung über die Arbeitsniederlegung auf dem richtigen Wege war, das will uns nicht recht einleuchten, um so weniger, da die Kollegen zwei Tage zuvor eine achtstägige Abmündungsfrist mit dem Unternehmer vereinbart hatten. In diesem Falle dürfte die Suppe teurer werden als das Fleisch.

Der Zweigverein Spandau hielt am 21. August eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Degener machte die Mitteilung, daß der Vorstand des "Arbeitgeberbundes" eine Kommission gewählt habe, die gewillt sei, mit einer gleich starken, vom Verbande der Maurer zu wählenden Kommission zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterhandeln. Die Hauptforderung unserer Kollegen ist neunstündige Arbeitszeit und 65 A Stundenlohn für das nächste Jahr. Der von der Verwaltung des Zweigvereins vorgelegte Lohnsatz wurde mit kleinen Abänderungen von der Versammlung genehmigt. In die von den Unternehmern gemischte Kommission wurden die Kollegen Degener, Lemme und Schiller gewählt. — Bei dem gepernten Unternehmer Hamme arbeiten zwei Maurer, die dem Verbande nicht angehören.

San Wosen. Auf dem Gute Solenzin bei Wosen, das z. B. zur Ansiedelung gebaut wird, sähet der Unternehmer Stet aus Pudelwie die Maurerarbeiten aus. Solenzin gehört zum Lohngebiet Wosen; der von auswärts kommende Unternehmer wußte dieses nicht und zahlte bei elfstündiger Arbeitszeit M. 3,85 Lohn. Die Verbandsleitung von Wosen wurde durch Kollegen Schulz bei Stet vorstellig, um die vertraglichen Bestimmungen zu wahren. Die Unterhandlung hatte die Anerkennung der vertraglichen Bestimmungen zur Folge. Gegenseitige Verständigung ist immer das Beste.

Differenzen bestehen in Frankfurt a. M., Dessau und Döberan.

Die Dessauer Kollegen beabsichtigen, demnachst in den Streik einzutreten, wenn die Unternehmer sich nicht entschließen, die Forderungen zu bewilligen. In Döberan beschäftigt ein Unternehmer aus Neubrandenburg eine größere Anzahl Maurer, ohne den Döberanischen Lohn, der um 2 A höher als in Neubranden ist, zu zahlen. Selbstverständlich muß der Unternehmer verpflichtet werden, 36 A pro Stunde zu zahlen.

Umland. Aus Genf wird berichtet: Der Streik hat nun doch noch eine unerwartete und den Unternehmern recht ungetragene Wendung genommen. Das Wort ist in alle Munde gegangen: "Geht nicht nach Genf!" Die Maurer haben Genf boykottiert und meinen es ernst damit. Einige Hundert arbeiten in der Umgebung in allen möglichen Stellungen für 3,80 Franken, während sie in Genf vor dem Streik 5 Franken verdienten. Hunderte andere sind bereits in die Heimat abgereist. Die Bauunternehmer hoffen nun wohl umsonst, der auswärtige Zugang werde doch noch schließlich Erlaß bringen. Bis zur Stunde verfügen sie nur ungefähr über 15 pZt. der nötigen Arbeitskräfte, und was die eigentlichen Maurer anlangt, kaum über 5 pZt.

Zur Lage in Potsdam.

Nach fast dreimonatigem heftigem Kampfe mußte im vorigen Jahre der Streik unserer Potsdamer Kollegen ergebnislos beendet werden. Ungarische Streikbrecher hatten den Unternehmern die notwendigen Arbeit fertig gemacht. Für die Streikenden war der Ausgang des Kampfes natürlich schmerzlich, sie durften sich aber damit trösten, daß auch die Unternehmer keine Seide dabei gesponnen haben.

Jetzt stehen unsere Kollegen erneut vor der Entscheidung: Offener Kampf zur Durchföhrung ihrer Forderungen, oder Annahme eines von der Unternehmersorganisation angebotenen "Vertrages".

Schon im Dezember 1902 fragte die Lohnkommission von neuem bei der Unternehmersorganisation an, ob sie geneigt sei zu Verhandlungen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1903. Darauf stellte der Vorstand der Unternehmersorganisation auf schriftlichem

Wegen ein hochnotpeinliches Verhör an. Sind Sie Maurer-
gesetze? Arbeiten Sie am heiligen Orte? Bei dem und
wie lange? Diese und ähnliche Fragen sollten die Mitglieder
der Rohntkommission zunächst beantworten. Diese Frage-
stellung hängt zusammen mit dem Beschluß der Unternehmer-
organisation, nach dem Streik keine Verhandlungen in
Arbeit zu stellen, aber auch nur mit Gesellen zu verhandeln,
die bei den Mitgliedern der Potsdamer Unternehmerorganisation
in Arbeit ständen. Dieser Beschluß war auch unseren
Potsdamer Kollegen nicht unbekannt, und da natürlich ge-
rade die Führer der Organisation, die zum Verhandeln
doch wohl die berufensten sind, nicht bei Mitgliedern der
Potsdamer Unternehmerorganisation arbeiteten, hätten sie
sich eigentlich von vornherein sagen können, daß sie von
den Unternehmern demütigende Bedingungen hören würden.
So kam es denn auch. Den Unternehmern gefiel die Lohn-
kommission nicht, und unsere Kollegen, die in ihrem Mißmut
über den unglücklichen Ausgang des Streiks umfassen von der
Idee besessen waren, es müßte unter allen Umständen mit
den Unternehmern verhandelt und ein Vertrag abgeschlossen
werden, wählten eine andere Kommission, die von dem
Vorstand des Unternehmersbundes dann gnädigst anerkannt
wurde.

Nun wurden die Unternehmer erst recht freudig. Sie hielten
den Zeitpunkt für gekommen, wo sie die Maurer nach
Vertragssinn durch den Rücken führen könnten. Ein wahrer Spottgeiz
über den Vertragsbruch wurde der Gesellenkommission unterbreitet.
Der Entwurf bedient es, der Nachwelt als abschreckendes
Beispiel von der Rückständigkeit und Anmaßung unserer
Baugewerksmeister im Anfang des 20. Jahrhunderts über-
liefert zu werden. Einige Pläne des aus dem Rillens-Kranze
(Vize heißt der Potsdamer Obermeister) mögen auch unsere
Leser erfreuen:

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Potsdam.

Arbeitsbedingungen für das Baugewerbe.

Vorbemerkung.
Um ein gutes Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und
Arbeitnehmern zu erzielen, wird hierdurch bestimmt, daß Maß-
regelungen weder gegen organisierte noch gegen nichtorganisierte
Arbeitnehmer seitens der Arbeitgeberhaft oder der
Arbeitnehmerhaft stattfinden dürfen. Auch ist es nicht ge-
stattet, daß auf den Bauten, Plänen und in den Werkstätten
weder während der Arbeitszeit noch während der
Ruhezeit Agitation getrieben werden darf.
Gefänge, ruhestörender Lärm, Rauchen, so-
wie Unterhaltungen in einzelnen Arbeiter-
trupps, wodurch die Leistungen der Arbeiter
behindert werden, sind auf den Bauten,
Plänen und in den Werkstätten verboten.

Allorbeiterinnen auszuführen ist zulässig, besonders
wenn in einzelnen Gesellschaften Mangel an
Arbeitskräften sich bemerkbar machen oder
geeignete Kräfte zu den auszuführenden und überkommener
Arbeiten nicht genügend vorhanden sind. Die Preise für
diese Arbeiten sind zwischen den einzelnen Allorarbeitern und
deren Arbeitgeber zu vereinbaren.

Lohn.
Der Arbeitslohn beträgt pro Stunde vom 1. April 1903
bis 31. März 1904 für einen Mannigen, zu jeder Arbeit brauch-
baren Maurermeister 50 Pf. Für diesen Lohn halten sich
die Arbeitnehmer verpflichtet, alle in ihrem Fach vorkommenden
Arbeiten ordnungs- und sachgemäß auszuführen und un-
unterbrochen während der Arbeitszeit ihre
Schuldbigkeit zu tun und niemanden durch
Schuld etc. von der Arbeit abzuhalten. Mit
Wegfall auf die Leistungsfähigkeit sei hiermit er-
klärt, daß a. B. ein städtischer Maurermeister
in der Lage ist, ohne sich anzustrengen, be-
günstigter Arbeitszeit durchschnittlich
700 Ziegelsteine bezw. 40 qm glatten Hand-
putz, oder 80 qm Rohrdeckenputz in der
Kolonne zu verarbeiten bezw. zu leisten.

Arbeitszeit.
Arbeitszeit, welche eine schriftliche Anerkennung dieser
Arbeitsbedingungen enthalten und deren Vorlaut von der
Kommission festgestellt ist, sind zulässig. Arbeits-
bescheinigungen sind obligatorisch und
müssen bei Anstellung vorgelegt werden.
Die Arbeitnehmer haben dafür zu sorgen,
daß bei Unternehmern, die dem Arbeit-
geberverband nicht angehören, unter keinen
Umständen zu billigeren Bedingungen ge-
arbeitet werden darf. Höhere Löhne sind
dieselbst jedoch zulässig, wobei dem Arbeit-
geberverband nicht angehörnden Unter-
nehmer zu den Kosten der Aufsicht über
Innehaltung dieses Vertrages nicht bei-
tragen.

Diesen Entwurf mußten die Unternehmer freilich zurück-
ziehen und nach langwierigen Verhandlungen kam ein an-
derer zu stande, der einige Verbesserungen aufwies. So zum
Beispiel die 9½stündige Arbeitszeit, 53 ½ Stundenlohn,
Überstundenzulage, Wegfall der Leistungsklausel usw. Aber
der militärisch-befehlshaberische Ton blieb. Keine Gleich-
berechtigung, sondern trasse Diktatur der Unternehmung. An-
erkennung und Mitwirkung der Gesellenorganisation ist aus-
geschlossen. Verbote und Erlasse im Stil der Militärstra-
fprozedur durchziehen wie ein rotter Faden auch diesen
Entwurf. Damit nicht genug, wollte der Potsdamer Unter-
nehmerverband aber auch noch seine Macht erweitern und
dem Potsdamer Vorortgebiet Orte angliedern, in denen der
Maurerlohn schon höher und die Arbeitszeit kürzer ist, als
in dem Vertragsbereich des Vertrages die Orte Wannsee,
Kotabes, Gaarmund und Caputh umfassen. In Wannsee
steht der Stundenlohn auf 60 Pf. und in Kotabes auf 55 Pf.
und in beiden Orten ist bereits die neunstündige Arbeitszeit
eingeführt.

Entwürfe auf weitere Verhandlungen und auf die
Streichung verfassungsmäßiger Bestimmungen wurden von den
Unternehmern rundweg abgelehnt. Die Herren im Hause
verlangten die bedingungslose Annahme des von ihnen be-
schlossenen Vertrages.

Angriffen waren die Potsdamer Maurer überdies von den
Unternehmern leeren Stomde aber doch betrüblich ge-
worden. Von dem Gedanken:

Verträge unter allen Umständen
sind sie gründlich tüchtig. Sie lehnten den ganzen Vertrags-
entwurf ab und erhoben gegen die Art der Verhandlung
energisch Protest. Ein früher Zug ging durch die Ver-
sammlung: Auf das Anrufen der Unternehmer müsse
die Gesellenhaft mit der Erklärung der Organisation ant-
worten. Die in Potsdam der beauftragten Verhandlungsmittler
müssen wieder lebhaft auf den Arbeitskampf einwirken, da-
mit die in Aussicht stehende gute Konjunktur, die
Organisation auf der Höhe der Zeit finde. Auf diesen
Ton war die Versammlung gestimmt. Etwas später haben
die Verhandlungen also doch mit sich gebracht. Gaben sie
einmal gezeigt, daß den Unternehmern das soziale Ver-
ständnis für ein Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen Arbeitern
und Unternehmern fehlt, so haben andererseits die Verhand-
lungen auch erzieherisch auf unsere Kollegen gewirkt. Unsere
Verbandskollegen haben den Mut wieder gefunden, den
Unternehmerverrat gründlich zu dämpfen.

Die Potsdamer Unternehmer haben auch schon durch
den letzten Streik eine kleine Abkühlung erfahren. Neben den
Verlusten des einzelnen: die Arbeit wird wenig gefördert,
mancher Bau kann überhaupt nicht begonnen werden und
wird später von einem Konkurrenten ausgeführt. Betriebs-
material und Kapital liegen brach — neben diesen gewöhn-
lichen Begleiterscheinungen ist es in Potsdam auch zu nicht
unerheblichen Differenzen im Unternehmerverbande gekom-
men. Die Quarantäne der Kulis verurteilt ja zunächst
Befriedigung, ja sogar großen Triumph. Aber die Sache
hat auch ihre Schattenseiten. Zu Hause weiß der Herr
Meister den „Arbeitgeber“ mit Würde herbeizuführen,
wenn so ein armer Teufel von Maurer um Arbeit nachfragt.
Anderst ist es während eines Streiks, da müssen die Herren
hinaus und mit den Streikbrechern, die in den meisten
Fällen in einem recht verwerflichen Zustande sind, freund-
lich verhandeln, sie bitten, ihnen alle „Vorgänge“ des Arbeits-
verhältnisses in den kleinsten Farben ausmalen. Höfe
Zungen — gegen welches Objekt wir unsere Zunge freierlich
in Schuß nehmen — behaupten ja auch, bei der Anwerbung
von Streikbrechern sollen die Unternehmer mit der Wahr-
heit auf recht gespanntem Fuße stehen. Versprechen ver-
pflichtet natürlich auch, und wenn später das Versprochene
nicht voll innegehalten wird, gibt es noch weiters unan-
genehme Stunden. Dann die ständige Verurteilung durch
die bösen Streikposten: am Anwerbungsort, auf den Bahn-
höfen, unterwegs sowie in der Heimat. Und zitiert durch
immer noch die Angst: wird mir die „wenig auch wenig
appetitliche aber doch teure Ware nicht noch gelapert werden
oder entzündet? Nein! beneidenswert ist die Rolle eines
solchen Meisters auch nicht.

Dann kommt hinzu, daß die Streikbrecher mit den ört-
lichen Verhältnissen nicht vertraut sein können, die Arbeits-
methode und Behandlung des Materials nicht genügend
kennen, demgemäß ist die Leistung in Quantität wie Qualität
gering und die Arbeit wird teuer und schlecht. Das Bürger-
tum und besonders das bauende Publikum, sieht ja fast
unterschiedlos auf Seiten der Unternehmer, es freut sich
in der Regel, daß den „unverschämten“ Maurern nun mal
die Mägen ausgetrieben“ werden sollen. Wenn aber solche
Bauherrn mit Ungarn oder Italienern „beglückt“ werden,
dann werden schiefes Gesicht gezogen, keiner will sie haben
und der Unternehmer bekommt manchen bitteren Wortwurf
über diese „Muscherei“ zu hören.

Damit sind die Unannehmlichkeiten aber noch nicht
überstanden. Die Unkosten der Anwerbung, des Trans-
ports und der Verpflegung der Streikbrecher sollen
schließlich auch einmal beglichen werden. Sobald es
aber an das Bezahlen geht, zeigt es sich, daß
die Unternehmersolidarität in Theorie und Praxis doch
wesentlich verschiedene Begriffe sind. Auch in Potsdam kam
es zu berechtigten Auseinandersetzungen. Im Arbeitgeber-
verband, obwohl es sich nur um die „Meinigkeit“ von
A 8000 handelte. Die Einrichtung und Instandhaltung
eines Quartiers für einen Trupp Streikbrecher kostete in
der Zeit vom 20. Juli bis zum 4. Oktober allein A 326,15.
Für Agitation erhielt ein Herr in der Zeit vom 9. Juli bis
zum 30. August A 902.

Nun sollte — und so ist auch schließlich beschlossen
worden — von den gesamten Unkosten ein Drittel aus der
Kasse des Unternehmerverbandes gedeckt werden und zwei
Drittel sollten die Arbeitnehmer zahlen, die Streikbrecher
beschäftigt haben.

Hierüber entstand ein heftiger Streit. Einige einfluß-
reiche Mitglieder verlangten, daß die Meister, welche fremde
Maurer beschäftigten, auch die ganzen Unkosten tragen sollen
und falls es anders gehalten wird, würden sie aus dem
Verband austreten. Charakteristisch ist, daß der Vorstehende
daran erinnern mußte, daß auch die Unternehmer, welche
keine fremden Maurer beschäftigten, einen Vorteil gehabt
hätten, indem sie durch die Abwehrgemaßnahmen doch auch
den von den einheimischen Gesellen geforderten Lohn nicht
zahlen brauchten. Im weiteren ist interessant, daß sich die
Herren deshalb in die Haare gerieten und einer dem anderen
Wortwütsche machte, weil der Beschluß, nach dem Streik keinen
Verbandsmaurer zu beschäftigen, nicht lokal innegehalten
worden sei.

Nach der Berechnung des Vorstandes des Arbeitgeber-
verbandes“ mußte, um die zwei Drittel der Unkosten zu
beden, jeder Unternehmer, der fremde Maurer beschäftigte,
pro Mann und Tag 50 Pf. zahlen. Abgesehen von den
Unannehmlichkeiten und persönlichen Opfern sowie den Ver-
lusten infolge der teuren und schlechten Arbeit im Verhältnis
zu den einheimischen Maurern, wurde der Arbeitstag, der
Streikbrecher um 8 2/3 Pf. verteuert. Konsumzweig und die
Erfahrung, daß bei solchen Gelegenheiten die Kleinen von
den Großen höchst unlogischerweise verstoßen werden, tun
ein übriges. Und so kann man ruhig sagen: auch die Pots-
damer Unternehmer sitzen nicht mehr so fest auf dem hohen
Bock, wie sie sich den Anschein geben. Auch der Beschluß,
keine Verbandsmaurer anzustellen, war ein Schlag ins
Wasser. Die meisten Unternehmer stellten sofort solche ein,
und in diesem Jahre stellten sie sogar, daß die guten Ver-
hältnisse nach Berlin kamen und sie sich mit Maurern
zweiter Güte behelfen mußten.

Und die Moral von der Geschichte? Die Herren vom
Arbeitgeberverband sind nicht im stande, weder durch
Provokation des Streiks oder, wie in diesem Jahre, durch
vom Raume getriebene Massenauflösungen örtliche Organi-
sationen zu vernichten, noch die Gesamtorganisationen

Schadhaft zu lassen. Diese feingefühltesten Pfeile prallen
in sehr starkem Maße auf die Arbeiter selbst zurück. Selbst
bedenke Streiks sind für sie keine Niederlage mehr. Sie
lehren uns wohl, unsere Kraft nicht zu überschätzen, sie zeigen
aber auch, daß wir unter bestimmten Voraussetzungen un-
überwindlich sind.

Betrachtungen über die Aussperrung in Mainz.

Der Streit in Mainz wurde nach fast zwölfwöchiger Dauer
am 16. Juli von unseren Kollegen ohne unmittelbaren Erfolg
beendet. Ungefähr drei Wochen früher hatten die Unternehmer
die Aussperrung für beendet erklärt, wahrscheinlich um dadurch
unsere Kollegen unzeitig zu machen. Daß dieser Wunsch der
Unternehmer keine „Anerkennung“ fand, sei nur nebenbei
bemert.

Wie jede Lohnbewegung und jeder Streik, bietet auch die
Mainzer Aussperrung mancherlei Interessantes und sehr
Beachtenswertes. Zweifellos hat es in den Tagen beider
Parteien nicht an Enttäuschungen gefehlt. Und auch über den
Rahmen der unmittelbaren Beteiligten hinaus dürften Ursache und
Verlauf des Kampfes manches Interesse erwecken.

Wir dürfen und müssen rückhaltlos die gemachten Fehler
aufdecken und ernstliche Selbstkritik üben. Wahrscheinlich werden
in jedem Kampfe mehr oder weniger Fehler gemacht, aber in
Mainz waren die sehr grober Natur, und sie gehören werden
zu den alten, die schon wiederholt gemacht wie kritisiert worden
sind. Desso einschneidender und ernsthafter muß aber auch unsere
Kritik sein; damit es endlich gelingt, das Strafkasse in unserer
Bewegungen zu befeitigen. Licht und Schattenseiten in jeder
Bewegung können nicht scharf genug herbeigehoben werden.
Denn je mehr sie die Erkenntnis aller Kollegen und desto mehr
sind wir vor gefährlichen Einschütelungen geschützt, welche häufig
mehr Zerstörungen des Gesichts als der Vernunft sind.

Der größte taktische Fehler, der in Mainz gemacht wurde,
ber den Unternehmern Ursache genug schien, die von ihnen längst
vorbereitete Aussperrung zur Ausführung zu bringen, war die
Verhängung der Bauerrerei über die Firma Gebrüder Merck.
Genau mußte die Lohnverfestigung, die von der Firma aber
bereits acht Wochen vorher durchgeführt war, zurückgewiesen
werden; auch die Einführung der Allorarbeit gehört prinzipiell
zu den Lohnverfestigerungen. Die Abwehr mußte jedoch in
eine andere Zeit verschoben werden, wo ein voller Erfolg ge-
sichert schien. Da kam man aber bei den Mainzer Kollegen
schon an. Würde die für jedermann erkennbare schlechte Kon-
junktur gegen die Verhängung der Sperrre ins Feld geführt,
dann tat man diese gewiß sichhaltigen Einwand selbst in den
letzten Kollegenwollen mit der Wothierung aus: „Wenn
wir freieren wollten, haben wir noch immer eine
schlechte Konjunktur gehabt, und so wird es
auch bleiben in Mainz; im übrigen paden wir
es mit unserer guten Organisation allein;
die Konjunktur macht es nicht.“ Nicht selten wurde
etwas spöttlich hinzugefügt: „Gelt, Ihr habt wohl
wieder Angst, daß es die Hauptkasse Geld kosten
wird!“ Das beide Anschauungen grundfalsch sind und gar
keine Berechtigung haben, brauche ich nicht zu betonen, und
zwischen sich sie auch durch die Tatsachen widerlegt worden.

Der beste Beweis für die Nichtigkeit einer Theorie ist, wie
Friedrich Engels sagt, die Praxis oder das Experiment. Dieser
Grundgedanke gilt in der Regel auch in der Arbeiterbewegung,
besonders bei Lohnbewegungen und Streiks. Dies ist in Mainz
wieder durch den Ausgang des Kampfes voll und ganz erwie-
sen. Nicht allein durch die Stärke unserer Organisation können
Siege erfochten werden, die Konjunktur darf nicht, wie die
Mainzer Kollegen meinen, Nebenbühne sein. Ja, habe gewiß alle
Macht und allen Respekt vor der Organisation unserer Mainzer
Kollegen, die selbst dem Vorstehen der Unternehmersorganisation
nach achtwöchigem Kampfe Anerkennung abgerungen hat und
ihm zu dem Ausspruch brangte: „Alle Achtung vor
Ihrer Organisation, die ist aber gut!“ Damit
dürfte derselbe Herr seinen früheren, im Februar d. J. gemachten
Ausspruch: „Zwanzig Jahre war es in Mainz
Nube geben im Maurergewerbe“ bereits reifiziert
haben. Er und seine gesamten Kollegen dürften inzwischen
zu der Erkenntnis gekommen sein, daß mit ein paar Schamacher-
sprüchen den Mainzer Maurern nicht beizukommen ist. Die
Mainzer Unternehmer werden wohl auch nicht mehr im In-
stärken darüber sein, daß sie einen Sieg nicht erfochten haben,
wenn sie vorläufig auch keine Zugeständnisse zu machen brauchen.

Die Organisation allein tut es nicht. Eine gute Kon-
junktur ist eine ebenso notwendige Vorbedingung, und am besten
wäre es natürlich, wenn unsere Kollegen die Zeit der Hoch-
konjunktur für ihre Lohnbewegungen abwarren könnten. Der
12wöchige Kampf hat ja nun auch unsere Mainzer Kollegen
eines Besseren belehrt. Immerhin ist diese Lehre zu teuer
erkauf. Und wenn die Mainzer den gut gemeinten Maßnahmen
gefolgt wären, dann hätten sie den Kampf nicht verloren, er
wäre eben garnicht begonnen worden. Er konnte unmöglich lo-
enden, wenn das schon jahrelang in Mainz vorhandene Streik-
feber nicht zu stark bei den Entscheidungen mitwirkte. Gätt
man die Unternehmersposition attackiert in einer Zeit, wo sie
genügend viel Angriffsflächen hatte, in zwölf Wochen wäre bei
der vorhandenen Einigkeit der Maurer der Widerstand der Unter-
nehmer kurz und klein geschakt worden. Die 70—80 Exempla-
re nationaler „Maurerzeitung“ wären von dem Ausgang des Kampfes
ganz ohne Wirkung gewesen. Wenn 10 die Unternehmer Zeit
hätten, konnten sie sich mit 40 Polierern, weil die Maurern und einer
Anzahl Lehrlingen und: von der neunten Woche ab mit den
erwähnten notorischen Streikbrechern zwölf Wochen durchschlagen.
Mit dieser tatsächlich immerwährende Truppe konnten sie 800 Maurer
die ganze Zeit über in Schach halten. Gätt die Unternehmer
sich nicht gut vorbereitet, müßte sie glänzend besieg werden.
Selbst die politische Hilfe hätte sie nicht abger bewahren
können. Doch es nicht geschah ist, ist der starke Beweis für
die Fehler, die unserseitig gemacht worden sind. Die Unter-
nehmer brauchen gar keine großen Anstrengungen zu machen,
Ueber- und Unterschätzung einschneidender Faktoren, gleichgültige
Einwegung über wichtige Grundfälle, die sonst bereits jahres-
lang in der Organisations Beachtung fanden, haben sich in
Mainz bitter gerächt.

Es wäre bei unseren Betrachtungen noch die Frage auf-
zuwerfen: wo blieb der Gutdank im entscheidenden Augen-
blick? Er war auch der nicht fest in seiner Meinung? Ober-
schätzte er der Angelegenheit ebenfalls nicht die genügende
Beachtung? Oder fehlte es ihm an Mut und Initiative?

Gauevorstand wie Zweigvereinsausführer wären sehr Mitleid gebend einmütig die Meinung; der Kampf muß verschoben werden. Selbst die Affordarbeit, die um diese Zeit von der Firma Meretz aufgenommen wird, konnte die erwähnten Körperparteien nicht zu einer anderen Stellung drängen. Es gab einige stürmische, die Maler Temperament entsprechende Szenen. Das Streikheft brante bereits so stark, hätte die Leitung ein Jota nachgegeben, so wäre der Kampf bereits im Februar losgebrochen. Zur Ruhe kam es dann ja auch nicht. Die Unternehmer wollten ja den Kampf und alle Mittel, die Maurer in Erregung zu bringen, werden angewandt. Selt es doch, vor der Saison den Kampf zum Austrag zu bringen und womöglich die Organisation der Maurer niederzujerkeln. Es ist den Unternehmern dies ja nicht gelungen und wird in Mainz nie gelingen.

Die Organisationsleitung hätte also einen schwereren Stand. Erregung und Erbitterung wurden mit jedem Tage gesteigert. Wiederholt wurde der Zweigvereinsausführer: „Die Erregung gegen uns wächst mit jedem Tage, das es bald nicht mehr zum Ausgehen ist.“ Wohlgerichtet! Alles durch direkte und indirekte Redereien und Wählerreden der Unternehmer, um den Kampf zum Austrag zu bringen. Schließlich wurde auch der Ausschuss wankelmütig und der Gauevorstand verpasste den Augenblick, sich mit aller Energie dagegen zu stemmen, und so kam es zu der bekannnten Szene. Einzelheiten zu erzählen führt hier zu weit. Der Gauevorstand hat in diesem Falle den neuen die Ansicht beiläufig gefunden: lieber einen Konflikt mit den Kollegen und mit der Leitung des Zweigvereins als den Konflikt mit bewährten Grundbesitzern und Regeln. Der Konflikt mit den Kollegen ist immer noch das kleinere Übel und leichter zu überwinden. Ich bin der Überzeugung, wir hätten es zwingen müssen und hätten heute einen erfolgreichen Kampf weniger.

Auch in einem anderen Punkte befähigt die Mainzer Aus- scheidung, was bei anderen Gelegenheiten ebenfalls festgehalten werden konnte, nämlich: deutsche Streikbrecher finden sich nur noch vereinzelt. Wollte acht Wochen geben sich die Unternehmer große Mühe, aus der Umgegend Streikbrecher zu bekommen und erst dann entschlossen sie sich, das ausländische Gesindel zu holen. Trotz aller Bemühungen der Unternehmer in Dieburg, in Minpar, im Kamberger Grund (Main) und anderen Orten kam kein Einziger, der als „Streikbrecher“ arbeiten wollte.

Der beste Beweis, daß die bisher indifferenten Kollegen auch allmählich den Streikbewußtsein erfaßt werden. Die Erfolge der Organisation machen sich unbestreitbar auch nach dieser Richtung hin geltend.

Eine andere Erscheinung muß noch kurz besprochen werden, die in Mainz ganz besonders Verwunderung erregte. Das ist die Haltung und Stellungnahme der Mainzer Polizei. Erreichte sich die Mainzer Polizei bisher eines ziemlich guten Rufes, auch bei den Arbeitern, wobei besonders das getreue und unparteiische Verhalten bei Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern hervorgehoben wurde, so ging dieser „gute Ruf“ diesmal vollständig in die Brüche. Zu wirtlichen Gantlagen- und Mittel- diensten hat sich die Mainzer Polizei in diesem Falle gebrauchen lassen. Einzelne Posten, auf denen die ausländischen Streik- brecher beschäftigt wurden, waren mit einer so starken Polizeitruppe besetzt, und zwar auf allen Seiten, daß sie ein Carree bildete und unbeteiligte Zuschauer hätten des Glaubens sein können, die Polizisten hätten eine Kavallerieeolonne vom einigen Regimentern abzugeben.

Zum Schluß sei noch hervorgehoben, daß circa 250 bis 300 der Ausgewählten in der Nachbarschaft Wiesbaden von den dortigen Unternehmern ohne Nachrede in Arbeit gestellt wurden. Trotz des fortwährenden Regens und Schreitens des Frankfurter Organs des „Mittelrheinischen Arbeiterverbandes“ für das Waageverbot“ klammerten sich die Wiesbadener Unternehmer gar nicht um die schwarzen Asten ihrer Mainzer Kollegen. Sogar hervorragende Mitglieder der Unternehmerorganisation beweideten ihre materiellen Interessen höher als die Solidarität gegen ihre in Verdrängnis gekommenen Mainzer Kollegen. Also auch die übertriebene, wahrnehmbare Schamlosigkeit, die sich in geradezu aberner Weise vernehmen ließ, hat Fiasko gemacht.

Versammlungen und sonstige Bewegung.
Noch einmal Lidenstheid.

Zu der Nichtigstellung des Kollegen Gehres in Nr. 34 habe ich zu bemerken, daß sie verschiedene Unrichtigkeiten enthält, die ich jedoch bei der nächsten Gelegenheit in Lidenstheid richtigstellen werde. Als direkt unwar aber muß ich es bezeichnen, daß ich ge- sagt haben soll, auf den Einladungsetzeln Bismelburg als Referenten anmerken zu lassen.

F. Kahl, Dortmund.

Aus Bergen auf Nigen wird berichtet: Am Sonnabend, den 16. August, wurden sieben unserer Kollegen von dem Maurer- meister Wallmann entlassen, nach Aussage des Meisters wegen Arbeitsmangels. Wallmann hat auf dem Rittergute Nibitz ein Neubau anzuführen, der erst in letzter Woche gerichtet wurde und woran noch mindestens drei bis vier Wochen Maurer beschäftigt werden müssen. Es waren doreiselt ein schließlich des Bolters acht Gesellen und drei Arbeiter beschäftigt. Dienst- tag, den 11. d. M., versetzten nun alle drei Arbeiter (einer war vom Bolter entlohnt worden) den Bau, angeblich wegen Ver- droßung seitens unserer Kollegen. Es handelte sich um den Beitritt der Arbeiter zu dem Verband der Bauarbeiter. Wie aber dann später festgestellt worden ist, beruht diese Aus- rede nur auf der Erfindung des Arbeiters Carl Wallmann der sich schon vorher geäußert hat, den Maurern mit „einem Bod“ anzuhängen. Da unsere Kollegen bei ihrer Entlassung sofort um Aufklärung nachsahen, erklärte der Unternehmer: er hätte keine Arbeiter; wenn er solche er wieder hätte, könnten die Maurer wieder anfangen. Der Vorsitzende unserer Lohn- kommission, der sich auch unter den Entlassenen befand, hobes dem Meister Arbeiter nach, die sogleich anfangen würden. Wallmann wollte davon aber nichts wissen, er verzichtete auf die von den Maurern um nachgefragten Arbeiter. Mit dieser Sache befaßte sich noch am Sonnabend Abend eine Sitzung des Vorstandes und der Lohnkommission, die zu dem Beschluß kam, daß die Lohnkommission am Sonntag Vormittag bei dem Vorstande des Arbeitgeberverbandes auf Grund unseres Tarifs

doreiselt werden solle, um die Angelegenheit auf gütlichem Wege zu schlichten. Vorläufig sollte noch einmal mit dem Bolter bei der Arbeit verbleiben aus, Rücksprache genommen werden. Denn außer der Arbeiterentlassung der Kollegen war noch Wallmann herbeizuregen. An dem besagten Tag des Meisters Ballmann herrschten nämlich ganz abgünstige Verhältnisse. Ein Abort sollte gänzlich. Die Waubue war recht mangelhaft; denn das Dach gewährte, jedenfalls infolge von Altersschwäche, dem Regen freien Durchlaß. Dicke Fenster sind zugeworfen, Schlaf- und Speiseraum sind nicht getrennt. Als Vager dient Stroß, jeder Kollege hat zwei Decken. Das Vergnügen, eine Zigarre zu rauchen, konnte sich niemand erlauben wegen der Feuergefahr. Waschvorrichtung war nicht vorhanden. — Wir haben aber doch unseren schönen Tarif, in dem zu lesen steht: Auf dem Bunde hat der Meister für Bogis zu sorgen. Der Bolter, der übrigens aus unserem Verbände angehört, gab zwar alle diese Mängel zu, wollte aber zur Abhilfe nicht aufgefordert sein. Daß auch er einen gedrückten Tarif in der Tasche hat und ganz gut weiß, was uns schriftlich zu- gestanden ist, konnte er jedoch nicht ablegen. Unser Bolter erbot sich denn auch mit dem Meister wegen Arbeiterentlassung der gemahregelten Kollegen Rücksprache zu nehmen, auch für Abstellung der geschilberten Mängel Sorge zu tragen. Die Unterredung des Bolters mit dem Meister hatte denn auch den Erfolg, daß sämtliche sieben Kollegen am Montag Morgen die Arbeit wieder aufnehmen konnten. Daraus hatte sich die An- rufung des Vorstandes des „Arbeitsverbandes“ erledigt. Meister Wallmann, der jedenfalls mit der auf Mägen während der Saison herrschenden Arbeitsflaute gerechnet hatte, scheint durch das energische Eingreifen unseres Vorstandes doch eines Besseren belehrt worden zu sein.

Der Zweigverein Berlin hielt am 12. August in Kellers großem Saal eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der der Verbandvorsitzende Kollege Böhmberg über die diesjährige Lohnkämpfe der heutigen Maurer referierte. Er führte aus: In den letzten Jahren des Verbandes herrschte die Meinung, man müsse in diesem Jahre mit Rücksicht auf die politische Bewegung eine umfangreiche Streikbewegung vermeiden und möglichst zurückbringen. Aber hiermit waren die Unternehmer offenbar nicht zufrieden, sie gaben vielmehr die Veranlassung dazu, daß die Bewegung dieses Jahr sich umfang- reicher und eigenartiger gestaltete als je zuvor. Die Erfolge, die sie im vorigen Jahre vorübergehend, namentlich in Ham- burg und Kiel, erzielten, hatten die Unternehmer wohl übermäßig gemacht, und sie suchten nun durch massenhafte Ausperrungen einen wirksamen Schlag gegen den Maurerverband zu führen und sein Vermögen klein machen zu können. Der Referent schilderte dann die Ursachen und den Verlauf der Ausperrungen in den verschiedenen Städten. In Köln, Mainz, Dresden, Eisenach, Neustrelitz und einigen anderen kleinen Städten waren es Lohnforderungen unserer Kollegen, die Veranlassung zur Ausperrung gaben, in Bremen, Hannover, Stenbal, Bunzlau und Gassel Lohn- bewegungen anderer Berufs. Ganz eigenartig lagen die Ver- hältnisse in Bremen, wo die Unternehmer von den Maurern und Zimmerern die Befestigung des Kempnerdocks, und in Gassel, wo sie von den Maurern und verwandten Berufs- genossen die Aufhebung des Fischerdocks verlangten. Der Erfolg, den die Unternehmer mit ihren Ausperrungen erzielten, ist, daß sie in den meisten Fällen Lohnforderungen bewilligen mußten: in Dresden 6 A., in Köln 7 A., in Hannover 5 A. und die 94 ständige Arbeitszeit und in Eisenach 2 A. In Mainz wurde zwar die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen, die Unternehmer werden sich aber dieses Sieges nicht lange freuen können. Haben doch auch in Hamburg die Unternehmer, die noch im vorigen Jahre sich ihrer Erfolge rühmten, nun die Forderungen: 70 A. Stundenlohn und 9 ständige Arbeits- zeit, bewilligen müssen. In Gassel haben die Unternehmer durch die Maurerausperrung einen Tarifvertrag gebrochen, der noch zwei Jahre Geltung haben sollte. Unsere Kollegen haben diesen Vertragsbruch mit einer Forderung auf Lohn- erhöhung und Verstärkung der Arbeitszeit beantwortet. Es handelt sich dort, wie Referent ausführte, um einen Pfingst- kamp, der nun bis aufs äußerste durchgeführt werden soll. Wie er auch ausfallen mag, die Gasseler Unternehmer werden nicht die Lehre daraus ziehen, daß sie eine solche Zumutheit nicht wieder machen dürfen. Der Plan des Unternehmerruns, die Kasse des Maurerverbandes zu schwächen, wird nicht gelin- gen. Mögen auch die Ausperrungen und Streiks dieses Jahr gegen A. 800 000 kosten, so wird sich trotzdem doch der Kassenbestand um einige hunderttausend Mark erhöhen. Die Unternehmer werden immer mehr einsehen müssen, daß sie gegen die wachsende Macht der Maurerorganisation nicht aufkommen vermögen; daß sie mit der Organisation als gleichberechtigten Faktor rechnen müssen. Seit dem Jahre 1897 hat der Maurer- verband in 1208 Fällen Forderungen gestellt. Davon sind 73 pSt. günstig für die Arbeiter verlaufen, rechnet man die Fälle ab, wo die Forderungen zurückgezogen wurden, so gar 95 pSt. Die Mitgliederzahl des Verbandes, die 1896 nur 18 000 betrug, war 1900 auf 82 000 angewachsen und beträgt jetzt mindestens 108 000, was schon aus dem Umstand zu entnehmen ist, daß der „Grundstein“ jetzt in 114 000 Exemplaren erscheint. Das Ver- mögen der Hauptkasse des Verbandes beläuft sich auf A. 900 000; außerdem haben die Zweigvereine noch Kassenbestände, die sich auf A. 400 000 belaufen. Damit ist selbstverständlich die Macht der Organisation noch lange nicht erschöpft, da die Mitglieder im Postalle bereit sind, auch die größten Opfer zu bringen, um ihre Position zu behaupten und kämpfenden Kollegen Hilfe zu leisten. Der Referent schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß der Maurerverband unerschrocken durch die Angriffe und Drohungen des Unternehmerruns fort- gesetzt mit aller Kraft für Verbesserungen der Lebensbedingungen der Maurer Deutschlands kämpfen werde. Die Eingetret der Kollegen werde den Erfolg garantieren. Der Vortrag fand stürmischen Beifall. Ferner referierte der Kollege Otto Gante über die Lebensnahme der Bibliothek der Hauptstelle Berlin als Eigentum des Zweigvereins. Referent stellte einen dahingehenden Antrag. Der Antrag wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Danach geht die im vorigen Jahre von der Hauptstelle Berlin mit einem Kostenaufwand von A. 5000 gegründete Bibliothek für diesen Preis in das Eigentum des Zweigvereins Berlin über. Zu dieser Summe wurden noch A. 3000 bemittelt, die zur Ergänzung der Bibliothek durch wissenschaftliche Werke dienen sollen. Als Bibliothekskommission wurden gewählt: Otto Gante, Aug. Bogel, Fritz Mulack, Alwin Kubold, Fritz Brauer und Rud. Garreis. — Mit einer dreifachen Toga auf den Zentral- verband der Maurer Deutschlands erfolgte Schluß der Ver- sammlung.

In Brandenburg a. d. O. tagte am 16. August eine öffentliche Maurerversammlung. Kollege Rog-Magdeburg hielt einen vortrefflichen Vortrag über die Entlohnung der Gewerkschaften, wobei er auch die Lohnbewegung der Maurer Reue blickeren ließ. Zum Schluß forderte Redner die Brandenburger Kollegen auf, recht lauthallig dafür einzutreten, daß die Folgen der verunglückten Lohnbewegung wieder weit gemacht werden. Dem Referenten lobte reichlich Beifall.

Am 16. August sollte in Berlin i. M. eine Versammlung stattfinden, doch mußte davon Abstand genommen werden, da sich wohl vier Kollegen, aber kein Vorsitzender und Kassierer dazu eingefunden hätten. Die vier erschienenen Kollegen fahien dem Beschluß, der Öffentlichkeit davon Kenntnis zu geben, daß weder der Vorsitzende noch der Kassierer es als zweckmäßig erachteten, in der von ihnen einberufenen Mitgliederversammlung des Zweigvereins an- wesend zu sein. Vielleicht wird dadurch weiterer Vordring- leit vorgebeugt und verhindert, daß der Zweigverein zu grunde geht. Die von der Ausperrung betroffenen und auswärts weilenden Kollegen hatten geglaubt, daß die am Ort vertriebenen und nun auch wieder eingestellten Mit- glieder eine energische Agitation für den Zweigverein ein- fassen würden. Es scheint aber, daß sie sich nach Kräften bemühen, den Unternehmern die Waage halten zu helfen, die sie von der Versperrung davongetragen haben. Die in der Fremde weilenden der Ausgesperrten Kollegen erwarten ganz bestimmt, daß der Vorstand zum 30. August eine Versammlung einberufen wird, und hoffen, daß alle Kollegen, die abgetrieben sowohl wie auch die am Ort ver- bliebenen, in derselben anwesend sein werden, damit endlich Klarheit über die Situation geschaffen und den Kollegen eine Direttive für ihre ferneren Verfahren gegeben wird.

Die Hauptstelle Charlottenburg hielt am 18. August eine außerordentlich gut besuchte Mitgliederversammlung ab, welche sich im allgemeinen in den Mischständen auf den Bauten und vom Verhalten einzelner Partelle und Unternehmern beschäftigte. Von mehreren Rednern wurde behauptet, daß es noch immer Kollegen gebe, die sich, weil sie einige Pfennige mehr Lohn er- halten, als Anreiter gebrauchen lassen. Hieran gab der Kassierer den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Danach be- tragen die Einnahmen der Hauptkasse A. 5189,70, die Ein- nahme der Lokalfasse, inkl. A. 146,42 Kassenbestand, betrug A. 565,22, die Ausgabe A. 887,76, so daß ein Veränd von A. 207,46 verblieb. Die Mitgliederzahl beträgt 755. Angemeldet haben sich 72 Kollegen, abgemeldet 87, eingetreten sind 44, aus- geschlossen 4 und wegen Schulden gestrichen wurden 11 Kollegen. — Den Kollegen wird dringend zur Pflicht gemacht, Wan- deputierte zu wählen und monatlich die Verbandsblätter zu kontrollieren.

Am 18. d. M. tagte im Restaurant „Zur Hoffnung“ in Chemnitz eine Versammlung. Der Vertrauensmann erstattete den Bericht über die Kassenberichtsliste im ersten halben Jahre. Ein großer Kassenbestand war nicht vorhanden, da durch die diesjährige Agitation bedeutende Summen ausgegeben werden mußten. Die Mitgliederzahl stieg von 170 am Anfang des Jahres auf 700. Durch die vermehrte Mitgliederzahl hat sie auch die Arbeit des Vertrauensmannes so vermehrt, daß er sich nach Feierabend nicht mehr bewältigen kann. Es wurde be- schloffen, ihn pro Woche mit A. 5 zu entschädigen, damit er einen Arbeitstag zur vollständigen Bewältigung seiner Ob- liegenheiten zu Hilfe nehmen kann. Die Abrechnung vom Sommerbergebnis ergab einen Ueberschuß von A. 75,95. Auf Antrag des Vertrauensmannes wurde beschloffen, eine Zählung der Maurer und Bauten im Lohngebiet Chemnitz vorzunehmen und das Resultat zu veröffentlichen.

In Köln a. Rh. fand Sonntag, 16. August, eine öffent- liche Maurerversammlung statt mit der Tagesordnung: „Wie stellen sich die Maurer und Bauarbeiter zur Durchführung des Arbeitsvertrages?“ Der Gauevorsitzende, Kollege Wuth, hielt zunächst einen kurzen Vortrag über: „Die Bedeutung des Arbeitsvertrages und dessen Durchführung.“ Ein kleiner Teil der Nicht-Zunngsmesiter habe den Vertrag noch nicht zur Durchführung gebracht, es sei daher Pflicht eines jeden Kollegen, hierfür einzutreten, damit auch diese Unternehmer zur Anerkennung des Vertrages gezwungen würden. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute im Gewerkschaftshause tagende öffentliche Versamm- lung der Maurer, Fußer und Mattenleger beschließt: Die Maurer und Fußer sind verpflichtet, die Nichtumsetzung des mit der Zunngung abgeschlossenen Arbeitsvertrages seitens einzelner Unternehmer sofort dem Vertrauensmann Preter (Bureau Perlengaden 20) Mitteilung zu machen, damit die nötigen Schritte bei der Abzweyherkommission eingeleitet werden können; bei Nicht-Zunngsmesitern hat eine möglichst schnell einubernehmende Versammlung das weitere zu beschließen.“ — Zum Schluß teilte Kollege Wuth der Versammlung noch mit, daß in mehreren größeren Orten Rheinlands Lohnbewegungen in Vorbereitung seien.

Der Zweigverein Danzig hielt am 18. August seine regel- mäßige Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Stephum in Schöblich ab. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom zweiten Quartal. Einnahme und Ausgabe für die Hauptkasse belaufen sich auf A. 876,80; die Lokalfasse hatte eine Einnahme von A. 893,51 und eine Ausgabe von A. 254,86. 150 Mit- glieder haben sich neu aufgenommen lassen, mithin ist die Mit- gliederzahl erheblich gestiegen. Es ist zu hoffen, daß es auch in Danzig wieder Worgen werde. Dem Kassierer wurde De- charge erteilt. Beschloffen wurde, das diesjährige Stiftungsfest am 22. August im Lokale des Herrn Stephum zu feiern. Kollege Schwarz eruchte die Kollegen, die Spausagiation zu betreiben und den Vorstand in allen Städten zu unterstützen.

Am 16. August wurde eine öffentliche Versammlung abgehalten. Kollege Grünhagen hielt einen Vortrag über das Thema: „Was lehrt uns das Verhalten der Unternehmer?“ Die vortrefflichen Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall. Ferner wurde die Redrefrage diskutiert, und der Antrag, der mit dem Abfordern des Redrefrases geschrieben wird, wurde scharf genehmigt. Schließlich wurde noch bekannt gegeben, daß die Bau-Artistengesellschaft, normals. Geh, einen neuen Direktor bekommen habe, der zu den Bolitieren geachtet haben soll, nur solche Maurer einzustellen, die pro Tag (eif Stunden) 2000 Pielgel bekommen. Hier dies nicht kam, ist nach Ansicht des Herrn Direktors kein Maurergeselle. Nach dieser Weisheit zu schägen, könnte das Gerede, der neue Direktor sei bisher Buchbinder gewesen, schon auf Wahrheit beruhen. Der Zweigverein Götting hielt am 21. August seine regel- mäßige Mitgliederversammlung ab, in der die Lohnfrage zur Erörterung stand. Die Versammlung wurde einstimmig der An-

sicht, daß der Lohn in Götting zu niedrig sei und in Anbetracht der Miets- und Lebensmittelpreise angemessen erhöht werden müsse. Obgleich der Gesellenausfluß die Innung schon vor längerer Zeit von der Arbeit der Gesellen, eine angemessene Lohnsteigerung zu fordern, in Kenntnis gesetzt hat, ist eine Antwort darauf nicht eingegangen, doch hat der Obermeister Werlein eine baldige Regelung der Angelegenheit in Aussicht gestellt. Um ein genaues Bild von den Löhnen zu erhalten, werden die Grundstein-Expediten beauftragt, eine Statistik unter den Mitgliedern aufzunehmen. Die Firma Schender & Heintz hat einen Teil ihrer Arbeiten an fünf unorganisierte Arbeiter im Afford vergeben. Hiergegen wurde von der Versammlung Bescheid protestiert und beschlossen, bei der Firma vorstellig zu werden, damit sie die Affordarbeit aufhöre, weigert sie sich dessen, so soll sie gesperrt werden. Weiter wurde auf Antrag der Revisorin beschlossen, daß die Hilfskassierer alle vier Wochen mit dem Zweigvereinskassierer abzurechnen haben.

In der am Dienstag, den 18. August, im „Ballhof“ zu Götting abgehaltenen Mitgliederversammlung des Zweigvereins stand auf der Tagesordnung: 1. Abschätzung über die Ausperrung, 2. Verzeichnis der Ausperrungsflüchtigen, 3. Verzeichnis der Abrechnung und die Namen der Kollegen, die auf ausstehende Forderungen vorstellig erklärt und dieses Geld noch nicht zurückgezahlt haben. Revisorin Schilling erklärte, daß die Bücher in Ordnung befunden wurden und wurde dessen Antrag, das Verzeichnis mit 3.30 aus der Kassa für die Kosten und den Kollegen Reppner zu entlassen, einstimmig angenommen. Hierzu wurden die Namen der Streikbrecher verlesen. Beschieden wurde, daß der Kollege Georg Strüber seine Pflichten binnen drei Wochen zu erfüllen hat, und die Kollegen Meisels und Claus als Mitglieder verbleiben. Ausgeschlossen wurden die Kollegen Kettnering-Buchholz, Joh. Gremmer, Holzappel-Fernhagen, Eug. Kaufmann-Buchholz, Wichmann-Wimmer, Otto Kühne und Carl Wietz. Die Kollegen Adam Günter und Carl Gillebrand sollen zur nächsten Versammlung geladen werden. Angenommen wurden die Anträge: eine Streikbrecherliste drucken zu lassen, die den Delegierten zugestellt wird, und daß von der Versammlung Ausgeschlossene nur durch Versammlungsbescheid wieder aufgenommen werden können. Dieses gilt auch von den Kollegen Götzchen und Göhns, die nicht organisiert sind und während der fraglichen Zeit gearbeitet haben. Beschieden wurde ferner, den früheren Hilfskassierer Volte-Buchholz wegen Unterschlagung zu verhaften. Kollege Barnstorf erwidert, daß Meister Friedrichs ihn erklärt habe, daß alle Forderungen der Arbeiter, welche gegen Mitglieder der Innung sich erhoben, beglichen werden sollen. Gerügt wurde es, daß Kollegen Jahrgeld nach Wilhelmshafen erhalten haben und nur bis Bremen bis Wilhelmshafen zurückgefahren. Abgelehnt wurde nach längerer Debatte ein Antrag, eine Bürgerkassette zu errichten. Der Vorsitzende verliest die Schulden des Zweigvereins und wünscht diese Sachen als erledigt zu betrachten. Ein diesbezüglicher Antrag Detmeiers wurde angenommen; angenommen wurde ein Antrag, diejenigen, die Gelder unterschlagen haben, verfolgen zu lassen. Wegen des Rängerarbeitens auf dem Bau Salzer soll Barnstorf dort vorstellig werden. Nachdem noch beschlossen worden war, daß die Gehaltsfrage des Vorsitzenden zur nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt wird, erfolgte Schluß der Versammlung.

Aus Dirschberg (Sachsen) wird berichtet, daß großer Mangel an Baumaterial besteht und dadurch viele Maurer arbeitslos sind. Die wandernden Kollegen werden darum in ihrem eigenen Interesse auf den Bau, Stillsitzen zu meiden. Der Zweigverein Lanzenburg (Pommern) hielt am 18. August eine Mitgliederversammlung ab. Kollege Gnadt besprach den Stand der Organisation am Orte und die verschiedenen Mißstände, unter denen sie zu leiden hat. Da sind die Herbergsgesellen, sie stehen dem Verband feindselig gegenüber. Den Leuten muß man das Dumme anreden, sie wissen nicht, was sie tun. Anders ist schon die Polizeibehörde zu bewerten, der wir durchaus die Befugnis, uns hindernd in den Weg zu treten, beitreten müssen. Als wir unser Sommervergnügen abhalten wollten, machte ein Polizeibeamter den Versuch, uns das Lokal abzutreiben, diesmal jedoch ohne Erfolg. Daß die Unternehmer nicht gut auf unsere Organisation zu sprechen sind, versteht sich am Parade. Da uns nicht anders bekommen war, wurde der Vorsitzende unseres Vereins, Kollege Gnadt, gemäßigter. Lange sollte die Freude aber nicht dauern, denn unser Kollege fand nach kurzer Zeit andere Arbeit am Orte. Zum Schluß seiner Ausführungen ermunterte der Vorsitzende die Kollegen, fortwährend rege für die Ausbreitung und Stärkung der Organisation zu agitieren. Kollege Wieber ermahnte die Kollegen, nicht so viel auf die Arbeit anderer Kollegen zu setzen und zu reden. Auch Gnadt machte es den Mitgliedern zur Pflicht, daß der stärkere dem schwächeren helfen müsse. — Die Einklinkerung der Beiträge ging gut von statten. Mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

In Remscheid tagte am 17. April eine öffentliche, stark besuchte Maurerverammlung, die sich mit der Erhöhung des Stundenlohns und der Vertiefung der Arbeitszeit beschäftigte. Kollege Wasser-Gierke wies in einem Vortrage darauf hin, daß bei der Vermehrung im Baugewerbe üblicher Arbeitszeit von 12 bis 18 Stunden der Mensch körperlich und geistig verkommen müßte. Aber auch bei einem Stundenlohn von 35 bis 42 A könne man in einer Industriestadt sich eine Familie nicht menschenwürdig erhalten. Die Ausführungen des Redners wurden mit Begeisterung aufgenommen. Alsdann wurde eine Lohnkommission gewählt, die die Forderungen auszuarbeiten und den Unternehmern zu unterbreiten hat. Die Versammlung verabschiedete, energisch dafür einzutreten, daß in Remscheid und Umgegend der letzte Maurer dem Verbande zugeführt und der Forderung Geltung verschafft werde.

Eine stark besuchte Versammlung fand am 16. August in Schöneberg-Salze statt, was hier nicht immer der Fall ist, aber die Tagesordnung: 1. Aufnahme von früheren Mitgliedern (gemeinsam Streikbrecher) und 2. die Folgen der Ueberstundenarbeit hatten die nötige Zugkraft. Der erste Punkt wurde erledigt, daß die Aufzunehmenden in der Versammlung erschienen und 18 Wochen nachgehört hatten. (Es macht sich hier ein großer Mangel an Arbeit fühlbar, infolgedessen viele Kollegen abziehen und ein Verdambuch fordern.) Beim zweiten Punkt gestellten verschiedene Kollegen die Ueberstunden- und Affordarbeit, welche Schäden jetzt gerade bei der schlechten Zeit

zu lassen scheinen. Traurig ist es, mit anzusehen, daß Kollegen von Ort zu Ort wandern, um Arbeit zu finden, und die zurückbleibenden keinen Feierabend bei Affordarbeit. Gerade darüber schmerzten die Unternehmer am meisten. Insbesondere wurde über dieses System beim Unternehmer Becker die größte Klage geführt, deren Berechtigung trotz der Beweise aber verschiedene Kollegen nicht anerkennen wollten. Da freilich wurde es nur solche, die am meisten schuld sind an dem Uebel. Beschieden wurde, einen Aufschlagsbeitrag für die Kassa auf Grund des § 19 zu erheben. Der Bescheid wurde einstimmig gefaßt. Schließlich werden die Kollegen die Debatte über den zweiten Punkt nicht so rasch vergessen und werden strikte danach handeln.

In Schönlaure (Posen) wurde kürzlich ein Zweigverein unseres Verbandes gegründet, dem sich während 40 Kollegen angeschlossen haben. Die Vereinsversammlungen finden regelmäßig jeden Samstag nach dem 11. und 15. jedes Monats im Lokale des Herrn Joseph, Bahnhofstraße 85, statt. Die Verbandskollegen haben es sich zur Pflicht gemacht, energisch dafür einzutreten, daß baldigst alle Maurer von Schönlaure und Umgegend dem Verbande zugeführt werden. (Wir machen die Verwaltung des Zweigvereins darauf aufmerksam, daß Versammlungsanzeigen oder Mitteilungen spätestens bis Dienstag früh in unseren Händen sein müssen, wenn sie in derselben Woche zum Abdruck gelangen sollen. Dasselbe gilt für Beschlüsse auf Zuforderung des Blattes. Ihr Brief vom 17. August kam hier zu spät an. Die Redaktion des „Grundstein“.)

Am 18. Juni fand in Siegen bei Herrn Wilhelm Schneid eine öffentliche Maurerverammlung statt, mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen am Orte. Es war für dieses Jahr die erste Versammlung, da kein Lokal am Orte zu erhalten war. Als Vertreter vom Kollege Labor-Köln erschienen. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß in Anbetracht eines so wichtigen Themas das Lokal zu klein sein müßte, um die Versammlungsbesucher zu fassen. Leider war dies nicht der Fall. Es wäre aber endlich einmal an der Zeit, daß auch hier andere Verhältnisse geschaffen würden, da Klassenlohn von 39—39 A für Maurer bezahlt werden. Was Baubüden und -Arbeiter anbelangt, so sprechen diese Befehle und guten Sitten wahrlich Hohn, und auf den meisten Baustellen sind überhaupt keine Baubüden und -Arbeiter vorhanden. Die Polizei bekümmert sich auch nicht darum, dazu hat sie keine Zeit. Aber wenn es heißt, den Arbeitern Versammlungslokale abtreiben, so entlastet sie eine fieberhafte Tätigkeit. Redner beharrte die großen Arbeiterausperrungen und insbesondere die Lohnbewegungen der Maurer Deutschlands. Wenn manche Kollegen sprechen, hier am Orte sei nichts zu machen, so sei das dumme Geschwätz. Freilich, ohne Organisation sei es nicht möglich, die miserablen Löhne zu erhöhen und die schaurigen Mißstände zu beseitigen. Man könne auch nicht gleich die Unternehmer bewingeln, wenn man eben einen Verein gegründet habe. Es bedarf mühsamer jahrelanger Arbeit, um die Kollegen so zu erziehen, daß sie einem Kampf mit dem Unternehmertum gewachsen sind. Die Kollegen müssen zunächst Vertrauen zu einander, aber auch zu sich selbst gewinnen. Das nächste, was dann zu geschehen hat, ist, daß die übermäßig langen Arbeitszeit (12 Stunden) verfürzt wird. Dann werden die Kollegen auch mehr Gelegenheit haben, endlich über ihre Lage nachzudenken. Lebhaften Beifall erzielte der Redner für seinen vortrefflichen fünfviertelstündigen Vortrag. In der Diskussion wies Kollege Richter darauf hin, daß es nur eine richtige Organisationsform gäbe: die Zentralorganisation der freien Gewerkschaften. Kollege Nansenberg gedachte der Sozialdemokratie der Behörde, die durch ein in unseren Händen befindliches Altes beweisen wird. Kollege Bernshausen sprach über die mangelhafte Behörde der Elementararbeiten und führte als Beispiel an: Ein Lehrer sollte über einen Schüler ein Zeugnis ausstellen, was er nicht konnte, mit der Begründung, er habe 205 Schüler in seiner Klasse gehabt. Alsdann sprach Bernshausen noch über das Unterstützungswesen des Verbandes. Im Schlußwort sagte Kollege Labor nochmals alles Schöne zusammen. Sechs Mann ließen sich in den Verband aufnehmen.

Der Zweigverein Stuttgart hielt am 21. August eine Mitgliederversammlung ab, in der zunächst der in Verbindung beider Vorsitzenden amtierende Kollege Thormarck die Mitteilung machte, daß die Spitzer zum zweiten Mal den Streik erklärt hätten, weil die Meister ihr gegebenes Versprechen, mit den Arbeitern einen Arbeitsvertrag abzuschließen, nicht gehalten haben. Alsdann referierte Genosse Hilbrand über das Thema: „Der Kampf um das Dasein“. In gewandter Weise führte Redner unseren Kollegen die verschiedenen Phasen des Kampfes von der Urzeit an bis heute vor Augen und schloß mit der Aufforderung an alle Kollegen, sich jedoch politisch wie gewerkschaftlich zu betätigen, damit der Kampf des Menschen gegen den Menschen gemindert werde und schließlich ganz verschwinde. Reicher Beifall und der ausgesprochene Wunsch, öfter derartige lehrreiche Vorträge zu hören, waren der Dank der Versammlung. Es wurde aber auch lebhaft bedauert, daß ein so großer Prozentsatz unserer Kollegen es vorzieht, in den niedrigen Stufen der Betriebshäuser unsern Mißstand ein Spiel zu machen, statt in die Versammlung zu kommen. Schließlich wurde noch beschlossen, die Kosten zur Anschaffung einer von vielen schon längst gewünschten Vereinsfahne durch freiwillige Sammlungen aufzubringen, und soll das aufgetragte Geld bis zur Anschaffung im Gemeindefestsaal sicher angelegt werden.

Der Zweigverein Segel hielt am 9. August im Vereinslokal bei Meermann eine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, in der beschlossen wurde, die allgemeine Baupolizei bei der Firma Baling aufzugeben und nur die Bauten als gesperrt zu betrachten, die im Afford ausgeführt werden. Zu der Angelegenheit war der Zweigvereinsvorsitzender von Berlin, Kollege Panzer, anwesend. Er ist der Meinung, daß durch die Aufhebung der Sperrung es unseren Kollegen möglich ist, die Affordmänner zu verdrängen, wenn der Unternehmer Baling wieder einen Neubau ansängt. Es ist nämlich laut geworden, daß der Unternehmer Baling mit seinen Affordmännern schon längst nicht mehr zufrieden ist und er den Baling ausgesprochen habe, Lohnmänner einzustellen. Baling soll auch sehr viel Arbeit in Aussicht haben. Selbstredend dürfen unsere organisierten Kollegen bei Baling nur für den in Regel vertragsmäßigen Lohn in Arbeit treten.

Am 16. August fand in Würzburg eine allgemeine Maurerverammlung statt, in der Kollege Wexel aus Nürnberg über: „Die Arbeitsverhältnisse in Würzburg und Umgegend“ referierte. Alsdann wurde darauf hingewiesen, daß eine Einigung unter den Kollegen nun zu erzielen sei,

wenn die Einseitigkeit von früher gegen die Kollegen von auswärts, hauptsächlich von Hünzler, vergessen würden, da die Kollegen, soweit sie in Nürnberg tätig sind, keine Feindschaft gegen den Verband haben. Von sämtlichen organisierten Kollegen wurde eine dementsprechende Erklärung abgegeben und darauf die Versammlung geschlossen.

In Hünzler (Brandenburg) wurde Mitte Juli ein Zweigverein unseres Verbandes gegründet. Kollege Otto Schmann-Berlin hatte das einleitende Merkmal übernommen. Zum Schluß der Versammlung ließen sich fünf sämtliche erschienenen Kollegen in den Verband aufnehmen. — In der am 16. August abgehaltenen Mitgliederversammlung, wo alle Kollegen erschienen waren, wurden dem Verband noch einige Mitglieder zugeführt. Das Versammlungslokal ist bei Herrn Klopff.

Die Lohnverhältnisse der Maurer Münchens im Juli 1903. Eine Statistik, aufgenommen von den Baubehörden unter Mithilfe des Bauvorlesenden, gibt Aufschluß über die Löhne von 1483 Maurern auf 75 Bauten. Da nach Ausweis der Münchener Ortsstatistik 8 städtische 8000 Maurer in München beschäftigt sind, so erstreckt sich die Statistik auf rund 60 pSt. derselben. Trotzdem also die Statistik nicht vollständig ist, ergibt sie aber doch ein ziemlich klares Bild über die in München bestehenden Lohnverhältnisse, weil die Aufnahme auf kleineren wie größeren Bauten und bei den verschiedensten Unternehmern gemacht wurde. Die Statistik ergibt, daß auch seit dem vorigen Jahre der Durchschnittslohn wiederum gesunken ist. Außerdem ist zu bemerken, daß die mit über 50 A pro Stunde bezahlten Maurer ausnahmslos Spezialarbeiter: Fassaden- oder Kaminputzer und Kanalarbeiter sind. Den Verdienst dieser Spezialarbeiter nicht mitberechnen, würde die Statistik für die gewöhnlichen Maurer und Buzer ein noch trüberes Bild geben, als dies bei der folgenden Zusammenstellung schon der Fall ist. Von den 1483 Maurern erhielten Stundenlöhne: 5 Maurer 40 A, 24 42 A, 26 43 A, 82 44 A, 349 45 A, 261 46 A, 97 47 A, 423 48 A, 8 49 A, 126 50 A, 8 52 A, 12 54 A, 85 55 A, 36 60 A. Der Durchschnittslohn betrug im Juli 1903 47 A, 1902 48 A, 1900 49 A.

Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Oberleben. Auf dem Neubau der Arbeiterkassette des Amtrakts Brede, ausgeführt von Unternehmer Bold, stürzte am 19. August der Maurer Carl Otto, der mit dem Wölben von Fensterrbögen in der vierten Etage beschäftigt war, vom Wogen und fiel nach außen in die Tiefe und erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Aufnahme in das Krankenhaus notwendig machten; an seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Unfall wurde dadurch herbeigeführt, daß das Gerüst nicht ordnungsgemäß hergestellt war. Die Herstellung eines solchen wurde vom Bolter Brede verweigert und statt dessen auf seine Anordnung ein Fußgerüst von einem Brett hergestellt. Würde ein Fußgerüst vorhanden gewesen, so hätte der Unfall nicht so schlimme Folgen gehabt.

Richtenberg. Der Maurer Lutov war am 28. Juli bei dem Baumeister Schwalger in einer Scheune mit Dachwerksteinen beschäftigt. Die Balkenlage war nicht genügend mit Brettern abgedeckt. Als L. sich nun ein Brett von einem Balken zum anderen legen wollte, stieß ihm das Brett zwischen die Füße und er stürzte herunter, wobei er sich einen Arm einmal, den anderen Arm zweimal brach. Würde die Balkenlage genügend abgedeckt gewesen, so würde der Unfall nicht geschehen sein. Wie die Kollegen sagen, sollen die Mütungen bei Schwalger überhaupt sehr mangelhaft sein. Es wäre zu wünschen, daß sich die Kollegen künftig eine sichere Mütung bauen, bevor ein Unfall eintritt, und nicht erst dann, wenn das Unglück geschehen ist.

Wauarbeiterklub in Chemnitz. Es ist eine längst bekannte Tatsache, daß die Unternehmer sich nur scheinbar an die Vorschriften, die zum Schutze der Arbeiter dienen, gewöhnen können. Weichwachen sich die Arbeiter bei Rücksichtnahme dieser Vorschriften an den maßgebenden Stellen, so heißt es gewöhnlich: „Ja, die Herren müssen sich erst an die Verordnung gewöhnen.“ Wie sich die Herren daran gewöhnt haben, das zeigen eine ganze Reihe von Beispielen, die bei der Wauarbeiterklubkommission eingegangen sind. Obenan von allen steht die über die Zustände auf dem Bau des Baumeisters Dunderstadt, Ecke Heinebahnstraße und Vorststraße. Auf diesem Bau sind zur Zeit 150 Arbeiter beschäftigt. Es müßten also hier laut Stadtratslicher Verordnung fünf Aborte vorhanden sein, es sind dort aber nur deren zwei. Dem billigen Verlangen der Arbeiter, doch noch einen Abort mehr zu errichten, für noch mehr reich der Platz nicht, wurde nicht stattgegeben. Diese beiden Aborte, die von einer großen Zahl Arbeiter benutzt wurden, sind seit 14 Tagen nach Ostern nicht mehr gereinigt worden, obgleich die Verordnung vorschreibt, daß die Aborte fortwährend in benutzbarem Zustande zu erhalten sind. Nach der zitierten Verordnung müssen in dem Bau auch Urineimer aufgestellt werden, aber auch diese fehlen. Trotz wiederholter Beschwerden der Arbeiter bei dem Bolter und dem Kontrolleur, sind diese Mißstände nicht beseitigt worden. Auf eine Vorleistung des Bauarbeiters der Wauarbeiterklubkommission bei dem Stadtrat Lehmann, erklärte dieser, daß die Sache geregelt würde. Man sollte nun meinen, daß die Arbeiter auf einem Bau, dessen Baumeister selber Mitglied des Stadtrats ist und selber die Verordnung mit, erlassen hat, überhaupt keinen Grund zu Klagen hätten, daß ist aber hier, wie Figur zeigt, keineswegs der Fall, eher ist das Gegenteil zu verzeichnen; wurden doch sogar sechs gestülpte Kisten, die man so nach und nach aus den Worten herbeigezogen hatte, und dann zur Schau hatte stehen lassen, erst auf eine Beschwerde der Arbeiter entfernt. Es gibt also auch in Chemnitz noch viel Arbeit für die Gewerkschaften, um befriedigende Zustände auf den Bauten zu schaffen.

Der Wauarbeiterklub in Posen. Man schreibt uns: Am verflochtenen Halbjahr war die Baupolizei durch rege Agitation und sorgfältige scharfe Kritik der auf den Bauten vorhandenen Mißstände dahin gebracht worden, sich etwas mehr um die Schutzvorrichtungen auf den Bauten zu kümmern. Seit einiger Zeit ist aber, da Versammlungen in Ermangelung eines Lokals nicht abgehalten werden können,

der alte Zustand wieder eingetreten und es ist wenig Aussicht vorhanden, hierin in kurzer Zeit eine Besserung herbeizuführen, da Beschwerden an die zuständigen Körper-schaften wenig Beachtung finden. Wie es auf den Bauten aussieht, davon nur ein Beispiel: In der Koschowskystraße befindet sich ein Bau des Unternehmers K. Dieser Bau ist richtiger während nun die Zimmerer mit dem Aufbringen des Dachstuhles beschäftigt sind, wird unten an Wänden gearbeitet, ohne daß die Trägerlagen der zweiten und dritten Etage abgedeckt sind, so daß ein herabfallendes Stück Handwerkzeug oder ein Balken die unten Arbeitenden schwer bedroht. Auf anderen Bauten sind die Bauwunden und Aborte in vielen Fällen in einem miserablen, die Letzteren oft ekelerregenden Zustande. Ja, der Mißstände sind so viele, daß man Spalten füllen könnte, wollte man sie alle aufzählen. Die Arbeiter aber ruhen vergebens nach Schutz. Für bantrotte Großgrundbesitzer in Posen hat man Millionen übrig, um die Posen zu vernichten, aber für die Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter und ihre gesunden Knochen wird nichts oder schrecklich wenig getan.

Die Baugewerks-Berufsgenossenschaften im Jahre 1902.

Thüringen.

Wiel Arbeit hat der Bericht dem Vorstand der Berufsgenossenschaft nicht gemacht. Wozu auch? Es wird ja doch kaum geleistet.

Die Zahl der versicherten Betriebe hat im Berichtsjahre etwas zugenommen. Ende 1901 betrug die Zahl der eingetragenen Betriebe 5520, Zugang im Laufe des Jahres 1902: 433, Abgang 170, so daß am Schlusse des Jahres 1902: 5783 Betriebe versichert waren. Anders verhält es sich mit der Zahl der versicherten Arbeiter. Hier hat die Krise noch ihre Wirkung gezeigt. Während im Jahre 1901 noch 37 402 Arbeiter durchschlüssig beschäftigt waren, sank die Zahl der Arbeiter im Berichtsjahre auf: 36 913; also eine Abnahme von 500 Arbeitern! Die Zahl der „Salbberichter“ (Unternehmer etc.) hat sich von 2402 auf 2531 erhöht. Unermühtlich hat die Böhne geizigen, von M. 24 770 790 auf M. 24 793 310. Von der Behörde mußten im Berichtsjahre 3481 Beiträge eingeleistet werden, gegen 3122 im Vorjahre. Unsere Unternehmer sind also im Zahlen noch fauler geworden. Man zahlt eben keine Versicherungsbeiträge so „gerne“ wie die Arbeitslosen.

Unfälle wurden im Jahre 1902 insgesamt gemeldet 1221 gegen 1232 im Vorjahre. Auf 1000 versicherte Arbeiter entfielen somit 81,0 Unfälle (81,0). Davon wurden einschließlich 327 Unfälle = 27 pct., so daß auf 1000 versicherte Arbeiter durchschnittlich nur 8,3 Unfälle kommen. Ein „Beweis“, wie „ungefährlich“ der Beruf eines Maurers ist, wenn man — drei Viertel der Unfälle nicht einschließt!

Als Folge der einschlägigen Unfälle bezeichnet der Bericht: Tod: 22 Fälle; dauernde Erwerbsunfähigkeit: a) völlige 0 Fälle, b) teilweise 182 Fälle; vorübergehende Erwerbsunfähigkeit 128 Fälle.

Die Unfälle ereigneten sich an Motoren, Arbeitsmaschinen etc. 47 Fälle, darunter allein 43 an Kreis-sägen, an Fahrstühlen, Aufzügen etc. 1 Fall, Zusammen-bruch, Einsturz etc. 56 Fälle, Fall von Leitern, Treppen etc. 136 Fälle, Auf- und Abblenden 23 Fälle, Fuhrwerk 16 Fälle, Handwerkzeuge 18 Fälle. Von den 327 einschlägigen Verletzten waren 321 Erwachsene männlichen Geschlechts und 6 jugendlichen männlichen Geschlechts. Weibliche Verletzte hatte die Berufsgenossenschaft also nicht zu einschließen.

Dem Verufe nach waren die Verletzten: 102 Maurer, 73 Zimmerer, 26 Dachdecker, 16 Zimmerer, 19 Steinbrucharbeiter. Die Hauptzahl der Verletzten stellen also wieder die Maurer. Wer sollte es da den Maurern verdenken, wenn sie energisch Bauarbeiterzuschuß und höhere Löhne für das Mißo der Arbeit fordern?

Monatenscheide erstellte die Berufsgenossenschaft im Berichtsjahre 946.

Dagegen hatten die Verletzten oder deren Hinterbliebenen Verurteilungen an die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung zu Weimar, Eisenach, Altenburg, Rudolstadt, Gotha, Meiningen, Saalfeld, Sondershausen und Erfurt erhoben. 163 Verurteilungen wurden im abgelaufenen Jahre erliebt. Wie? Das ergibt sich aus nachstehender Zusammenstellung:

- 1. Durch Zurücknahme in 5 Fällen
2. Vergleich 10
3. Abweigung 107
4. stattgebende Entscheidung 41

Rechnen wir noch die 10 mageren Vergleiche, denn andere schließen eine Berufsgenossenschaft nicht ab, so den 41 Erträgen hinzu, so ergibt sich, daß die Verletzten in 51 Fällen glücklich gemann, hingegen in 112 Fällen ihre Verurteilung verloren haben. Es gibt also noch — Nichter in Thüringen.

Am Reichsversicherungsamt wurden zusammen 41 Reklurje erliebt. Davon zu Gunsten der Verletzten 12 Fälle und zu Gunsten der Berufsgenossenschaft 29 Fälle. Die Verletzten hatten 25 Reklurje, die Berufsgenossenschaft 16 Reklurje erhoben. Die Berufsgenossenschaften haben eben hier das vielgerühmte „Schwelnegeld“.

Unter den Ausgaben der Berufsgenossenschaft fällt uns auf: Kosten des Selbstversagens M. 7976,12, Renten an Verletzte M. 227 549,48, Verwaltungskosten M. 1728,60, Renten an Witwen M. 24 556,65, Renten an Kinder M. 36 539,06, Rente und Pflegekosten M. 13 913,96, Bindung an Zinshänder M. 4512,60. Für Bindung an Zinshänder im Falle der Wiedererkrankung wurden M. 480,80 verausgabt. Sollen wir, daß sich in diesem Kapitel nicht mehrere arme Witwen zu teilen hatten. Für Unfalluntersuchungs- und Entscheidungsfeststellungskosten M. 10419,40, für Schiedsgerichte M. 6068 24 verausgabt. Die Verbesserung der versicherten. 6788 Betriebe kostete M. 5227,77, der Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften M. 483,95. Sehr viel Gewicht legt anscheinend die Berufsgenossenschaft auf die Übernahme des Helfersjahres der Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen, da sie ganz M. 30,90 dafür verausgabt hat. Im Voranschlag finden wir für diesen Titel M. 500 eingestellt. Man hat also noch M. 470 davon „gespart“! Werden sich da die armen Krankentafeln freuen haben, daß sie so „erlaubt“ wurden! Etwas nobler war man natürlich gegen den Vorstand der Berufsgenossenschaft. Der Genossen-schaftsvorsitzende, ein Herr Winter zu Erfurt, erhielt für

seine „ehrenamtliche“ Tätigkeit an „Tageelbem“ die Summe von M. 1920, die vier Sektionsvorsitzenden zusammen M. 2000 ausgezahlt. Wenn das Erbeiter läten? Die Berufsgenossenschaft verfährt über ein Vermögen von M. 844 846,64.

Das Geschäftsbericht ist auch der Jahresbericht des technischen Aufsichtsamtes“ befragt. Als technischer Beamter fungierte ein J. Gerlich, Maurermeister aus Altenburg. Der brave Maurermeister hatte aber auch „gleich die Funktion eines Rechnungsbeamten“ in der 4. Sektion der Berufsgenossenschaft auszuüben, wie er selbst jagt. Von insgesamt „179 1/2 Revisions-tagen wurden 117 1/2 Tage auf Betriebsüberwachungen und 62 Tage auf Prüfung der Bohrmachswungen aufgewendet“. Der Beamte bemerkt ferner, „daß im allgemeinen die Bauqualität im Bezirke der Berufsgenossenschaft nicht nur keine lebhaft war, sondern teilweise über Arbeitsmangel direkt und erheblich gelagert wurde“. Er beklagt es, daß vielfach von Seiten der Betriebsunternehmer, Poliere und Arbeiter“ der Dienst eines Aufsichtsamtes verkannt werde, indem sie in diesem nicht den unparteiischen Beamten sehen“. Von den Arbeitgebern finden wir dies unbegründet, da doch ein Maurermeister reiste, während es wohl die Arbeiter lieber gesehen hätten, wenn ein praktischer Arbeiter die Baustellen revidiert hätte. Der Beamte meint: „Was nun die Erfüllung aller derjenigen Vorschriften der Genossenschaft betrifft, die dazu dienen sollen, einen Schutz gegen Unfälle zu bieten, so will ich mich unter Begünstigung auf meine Spezialberichte nur ganz allgemein dahin ausdrücken, daß trotz un-ausgesetzter Fürsorge des Genossenschaftsvorstandes und der Sektionsvorstände sich noch sehr viel Mängel an gutem Willen und Verständnis für den wohlthätigen Kern der Versicherungsangelegenheit zeigt.“

Für die „sogenannten Bauunternehmer“ hat der Beamte nicht viel übrig. Er hat beobachtet, daß durch das sogenannte Bauunternehmer-Tum der Stand der Betriebsleiter beim Inhaber von Baugesellschaften in recht merkbarer Weise gesunken ist und daß selbst sonst tüchtige, solide und gut ausgebildete Baugewerke im Kampf ums Dasein mit einem recht bedenklichen Unternehmertum, um den Bestand ihrer Existenz zu sichern, an Gewissenhaftigkeit nachzulassen sich genugenden sehen. Die alten Unternehmer wurden also zur „Gewissenlosigkeit“ erst „gezwungen“. Da wird es also der energischen Mitarbeit der Organisation bedürfen, um der gesunkenen „Gewissenhaftigkeit“ etwas wieder auf die „Beine“ zu helfen.

Revidiert hat der Beamte insgesamt 1208 Betriebe = 20 pct. aller versicherten Betriebe mit 7808 Arbeitern und zwar: bei 1248 Betrieben in Sektion I (Weimar) 284 Betriebe " 926 " " II (Altenburg) 225 " " 1949 " " III (Gotha) 247 " " 1660 " " IV (Erfurt) 502 "

Ueber vorgefundene Mängel berichtet der Beamte: „Die am häufigsten vorgefundenen Mängel sind: Fehlen der Unfallverhütungsvorschriften in den Betrieben und Werkstätten überhaupt, Wasserausstritte und die ungenügenden Keller-tücht gegen Flußurg, geschloßte, offene Löcher in Festböden oder sonst sehr mangelhaftes Abdecken der Kellertreppen, die auch mangelhafter Schutz des Treppenhause, Fehlen des Radenschutzes und des Schutzes an Maschinen und Treibriemen, zu schwach verwendete Maststämme und Gerüste, Leitergänge mangelhaft.“

Was aber wenn da eigentlich zum Schutze der Arbeiter da? Alles mangelhaft! Wir finden bei jeder Sektion zahlenmäßig die vorgefundenen Mängel, überall gleiche „Nachlässigkeiten“ der Unternehmer, deren „Gewissenhaftigkeit“ ganz bedenklich „nachgelassen“ hat. Da ist es wahrlich ein Wunder, daß der Beamte noch schreiben konnte: „Massenunfälle sind glücklicherweise nicht zu bezeichnen gewesen“. Von den 1208 revidierten Betrieben wurden allein 541 Betriebe, also fast die Hälfte, „bemängelt“. Außerdem hatten 570 Betriebe keine Unfallverhütungsvorschriften aufzuweisen. Das ist der „Arbeiterzuschuß“ der Bauunternehmer! E. G.

Aus Unternehmerkreisen.

* Die Denkschrift der Hamburger Baugewerks-Tunungen, mit der wir uns an anderer Stelle dieses Wastes beschäftigt, ist natürlich auch nicht nach dem Gesicht der „unangenehmen“ Hamburger Bauunternehmer, insofern diese als „struwweltig“ usw. bezeichnet werden. Der „Rund der Maurer- und Zimmermeister von Hamburg und Nachbarstädten“ hat dieser Tage eine Versammlung abgehalten und einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung legt ganz entschiedenen Protest gegen diejenigen Stellen der „Denkschrift“, ein, soweit sie von den nicht der „Baugewerks“ zu Hamburg angehörenden Maurer- und Zimmermeistern handelt. Sie betrachtet die Bestimmungen, die das Erwerbbleiben genannter Meister wie die Festhaltung ihrer Betriebe vor einer hohen Bürgerchaft und somit vor der Öffentlichkeit in überaus unpassender Weise variieren, als einen entwerfer von großer Unkenntnis zugebend oder aber auch absichtlich gewollten Akt der Unnahe und als nicht geeignet, fernstehende Kollegen zu den Zünften heranzuziehen. Ganz besonders aber verurteilt die Versammlung das Begehren genannter Zünfte in dem Erlaß an die staatlichen Behörden, Staatsarbeiten nur an Mitglieder dieser Zünfte anzuvertrauen. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß die Fähigkeiten der Mitglieder der Denkschrift veröffentlichten Zünften und die somit mit keinem Rechte ausgeübte Überhebung, die Fähigkeiten der nicht der „Baugewerks“ angehörenden Maurer- und Zimmermeister und die Leistungsfähigkeit ihrer Betriebe absolut nicht übersteigen, und würde ein Eingreifen der staatlichen Behörden in diese Materie als für das Gemeinwohl schädlich und ungewissenhaftig halten. Die Versammlung glaubt ferner, durch die Annahme dieses Protesses und durch einfache Veröffentlichung desselben in berechtigtem und genügendem Sinne zu handeln und verzichtet auf eine Gegeneingabe an einen hohen Senat und Bürgerchaft als regierende Gewalt von Hamburg, diesen größeren und weiseren Einsicht gutzuraufen. Alle weiteren Intimationen in der „Denkschrift“ weist sie ebenfalls und gleichgültig mit aller Entschiedenheit zurück.“

* In Coblenz hat die Baugewerks-Tunung mit 41 Stimmen beschlossen, sich aufzulösen, und zwar aus dem Grunde, weil die Arbeiten für den Neubau der Regierung und des Kreisbauhauses an aushäufige Unternehmung-bergeben wurden. Man kann es den Zunftmitgliedern nicht übel nehmen, freilich der „Hörsen- und Woielbote“, wenn sie darüber ungehalten sind, daß die Arbeiten am Regierungsgebäude seitens des Ministers an eine auswärtige Firma, und dazu noch die zweifelhafte Unternehmung: (P. H. Goldmann & Co. in Frankfurt), vergeben wurden, obwohl die Forderung der Vereinigten Koblenzer Bauunternehmer M. 39 341 niedriger war als die von Goldmann & Co. — Wird der Minister sich nun aber ärgern!

Aus anderen Berufen.

In Erzmitschau streiten circa 9000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen. In 26 Betrieben, 26 Spinnereien, einer Erftolagenfabrik, zwei Gerbereien und zwei Hüllensfabriken ruht seit Sonnabend der Betrieb. Der Spinner- und Fäbrilitätenverein hat die von den Arbeitern geforderte Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden abgelehnt. — In Stuttgart streiten die Gipser wie die Erringung eines Minimallohns. — Eine ziemlich starke Erregung herrscht unter den Straßenbahnern in Hamburg. Es ist nicht ganz unmaßschieinlich, daß es zum Streik kommt. — Der Streik der Fischer in Cassel ist noch nicht beendet.

Polizei und Gerichte.

Danziger Polizeibeamte sollen in Bauenburg in Kommen in einer öffentlichen Versammlung beleidigt worden sein. Wegen dieses Vergehens hatte sich der Maurer F. Grünhagen aus Danzig am 12. August vor dem Schöffengericht in Bauenburg zu verantworten. Nach der Beidigung der öffentlichen Maurerverammlung am 14. April in einer Kritik der Mißstände auf den Bauten unter anderem gesagt haben: Unter den Danziger Maurern sei das Gefühl vorhanden, daß, wenn Mißstände zur Anzeige gebracht würden, „diese von dem Unternehmer mit dem Polizeibeamten durch ein Glas Bier geregelt würden“. Vom Angeklagten wurde jedoch ganz entschieden bestritten, auch nur annähernd eine derartige Verurteilung gemacht zu haben, da er sich der Strafbarkeit einer solchen Verurteilung nicht bewußt gewesen sei. Die Belastungszeugen einer solchen Verurteilung erklärten als gleichlautend, als auch die Entlassungszeugen erklärten die Verurteilung nicht gehört zu haben. Das Gericht glaubte jedoch der Aussage des Polizeibeamten Weigert und erachtete es als festgesetzt, daß der Angeklagte die Verurteilung nicht getan habe, da der Beamte sie sofort notiert hätte. Aber der Angeklagte hatte die zweifelslos beleidigende Verurteilung nicht als seine eigene, sondern als die Meinung anderer wiederzugeben, wofür ihm aber der § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) zur Seite stehe. Somit müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

* Stempelsteuer für Verbandstatuten. Eine der neueren polizeilichen Schikanen gegen die Gewerkschaften ist die Erhebung einer Stempelsteuer für die eingetragenen Statuten. Obgleich schon wiederholt das ungesetzliche eines solchen Verlangens nachgewiesen worden ist, werden einzelne Vereine doch immer wieder damit belästigt. So wurde auch von der Filiale des Schneiderverbandes in Wunzlau verlangt, für das von ihr bei der Behörde eingereichte Statut eine Stempelsteuer von M. 150 zu entrichten, die, um weiteren Scherereien vorläufig aus dem Wege zu gehen, auch bezahlt wurde. Eine vom Zentralvorstand des Verbandes gegen die wider Gesetz und Recht bestehende Maßnahme der Wunzlauer Polizeibehörde beim preussischen Finanzministerium eingereichte Beschwerde, hatte den Erfolg, daß von diesem das königlich preussische Stempelsteueramt in Breslau angewiesen wurde, von der Wunzlauer Polizeibehörde zu Unrecht erhobenen Betrag wieder zurückzuführen. Das ist denn auch inzwischen geschehen. Hat nun auch die Polizeibehörde in Wunzlau ihre Absicht, dem preussischen Fiskus M. 150 der Stempelsteuer zuzuführen, nicht erreicht, so hat sie doch die Genugtuung, den Leitern der Organisation unnütze Schreibeereien und Scherereien bereitet zu haben, und das ist, wie man vermuten kann, der eigentliche Zweck, der mit derartigen Maßnahmen verfolgt wird. Da hiermit zum so und so weitens Male festgesetzt ist, daß die Polizeibehörden zur Erhebung einer Stempelsteuer für eingetragene Statuten nicht berechtigt sind, werden die Vereine gut tun, wenn eine solche wiederum von ihnen verlangt werden sollte, die Zahlung entschieden zu verweigern.

* Die Rübener Opfer der sächsischen Justiz sind mit bis auf zwei aus dem Justizhaus entlassen. Anlässlich des Geburtstages des sächsischen Königs sind 70 Strafgefangene begnadigt, darunter auch die im Rübener Prozeß verurteilten Zimmerer Moritz, Gedrich und Wolff, die vier Jahre hinter Justizhausmauern zugebracht haben. Vier andere im Rübener Prozeß Verurteilte sind schon früher begnadigt; es bleiben noch der Zimmerer Schneider, der zu 9 Jahren und der Bauarbeiter Jmaier, der zu 10 Jahren Justizhaus verurteilt wurde, von dem „Gnadentakt“ ausgeschlossen. Das Urteil hat durch die Begnadigung eine Korrektur gefunden, erfreulich für die davon Betroffenen, aber nicht für unsere Rechtszustände. Die Verurteilten eine Strafe tragen, die ihm über ihre Verhältnisse hinaus, eine Strafe tragen, die im schroffen Widerspruch steht zu der Schwere ihres Vergehens, und trotzdem läßt man noch zwei der Unglücklichen die Qualen des Justizhauses länger erdulden.

Eingegangene Schriften.

„Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) 47. Heft des 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Eine Partei und Fragefrage. — Was geschieht in Bulgarien? Von Janto Salow (Sofia). — Der Geschichtsmaterialismus in den Vereinigten Staaten. Von M. Herr. (Schluß). — Wahlstatistik. Von K. W. — Ein Buch Vorgefährte des modernen Individualismus in Deutschland. Von Franz Diederich (Dresden). II. — Literarische Rundschau: Reichs-arbeitsrat. Herausgegeben vom kaiserlichen statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Heft 1—3.

Die preussischen Landtagswahlen, ist der Titel einer in zweiter Auflage in unserer Vertriebsliste, der Buchhandlung Vorwärts erschienenen Broschüre, in der die gesetzlichen Bestimmungen des bevorstehenden Preussischen Landtagswahlgesetzes enthalten und mit ausführlichen Erläuterungen versehen sind. Die Broschüre ist selbstverständlich unter Veranschaulichung des neuen Wahlreglements bearbeitet und wird allen Parteigenossen ein notwendiger und nützlicher Begleiter bei der Wahl sein. Der Einzelpreis ist 20 Pf., Porto 3 Pf. Für Wahlkomitees, Vertrauenspersonen tritt Preisermäßigung ein.

Gruppenbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Auf Wunschdruck nach den neuesten und besten Aufnahmen in vorzüglichem Druck hat die Buchhandlung Vorwärts ein Gruppenbild (Partongröße 57x77 cm) herausgegeben. Der Einzelpreis ist 60 Pf., Porto 80 Pf. Das Gruppenbild ist in jeder Parteibuchhandlung zu haben und durch jeden Kolporteur und Zeitungsaussträger zu beziehen.

„Wahre Jacob“, Nummer 18, 20. Jahrgang. Das vorbereite farbige Bild ist eine Satire auf die Papstkrönung. Ein schwarzes Bildbild stellt Jesus X. als neuen Gefangenen im Vatikan dar. Der Preis der 12 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Briefkasten.

Berlin, D. S. Sie müssen den vereinbarten Kaufpreis bezahlen; der auf den ersten Blick erkennbare Schreib- bzw. Abdrucksfehler in der Rechnung befreit Sie davon nicht.
Rehau, St. Sie hatten dergleichen, den Tag angegeben, an dem die Verammlung stattfinden soll.
Wilhel, Ed. Sal

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 18. bis 22. August sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 4000, Hamburg 1000, Charlottenburg 600, Steinf. 800, Weissenhof 800, Copenick 800, Romanes 250, Hellborn 250, Bromberg 200, Bernau 200, Friedrichsberg 200, Hamburg-Spandorf 200, Blinden 180, Kaldorf 100, Wandorf 100. Summa M. 8180.
Zuschüsse erhielten: Landstuhl M. 150, Dorfmund 100, Döberan 100, Gammober 100, Erford 50, Harthausen 50, Niederbreititz 40. Summa M. 590.

Aktiona, den 22. August 1903.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Zentralverband der Maurer.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

sind die neugewählten Vorstandsmitglieder der Zweigvereine Krebbschau, Söckelante, Oberlein, Hühnen und Halberstadt.

Als verloren gemeldet

sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Ad. Becker-Göln (Buch-Nr. 128 898), Jakob Krombach-St. Johann (98 276), Mehrgarm-Verden (105 780), Josef Geiger-Kronitz (81 774), Josef Hagedorn-Berlin (10 857), Heinrich Wehmerer-Halleborn, (68 971), Joh. Heltzsch (128 298), Otto Kapitz-Pöten (48 884).

Ausgeschlossen

sind auf Grund § 88 b des Statuts vom Zweigverein Weiskau: Gottlieb Schmidt-Windach (Buch-Nr. 78 988), Oskar Schröder-Windach (67 400), Otto Horn-Windach (74 201); Ebenen: Mich. Dietrich (61 810), Friedrich Banzer (61 200), Theodor Körner (127 852); Hannover: August Kaufmann (81 972), Otto Kühne (3), Karl Wieter (81 783), Deitmering (81 771), Georg Holzappel aus Ifernhausen (81 802), Johann Gremmler (81 174), Heinrich Deitmer (82 810), August Wilmann (82 805); Gumbinnen: A. Schaal (112 424), H. Kote (119 481); Wunglitz: August Ansel (67 806), Gustav Starke (67 387), August Wühlisch (67 388), Hermann Janell (67 887), Paul Ender (67 875), Oskar Gausatz (67 376), Herm. Lange (67 400), Gustav Kaufsch (67 401), Heinrich Schmeber (67 489), Bruno Koblitz (67 442), Wilhelm Janell (67 477), Gustav Zimmermann (67 479), Edmund März (67 489), Herm. Walbe (67 869), Gustav Hoffmann (67 412), Bruno Wildner (67 497), Paul Altmann (188 881), Paul Dauselt (67 495), Mich. Scholz (188 857); Neustadt: Ernst Ott (90 064), Fritz Hebe (110 857), Ludwig Köpke (90 074), Hermann Köpke (90 075), Albert Schöndert (90 077), Adolf Rehnert (90 078), Fritz Schäfer (110 859), Friedrich Steinlagen (90 078), Johann Kröger (110 855), Johann Steinlagen (110 856); vom Verbandsvorstande: August Müller (125 198), geboren am 18. Dezember 1872 zu Diemarden. Müller, der sich auch Mathmann aus Wende nennt, ist ein Schwindler, und seien die Zweigvereine ganz besonders vor ihm gewarnt. Zur Zeit soll derselbe in Göttingen arbeiten.
NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

In der Zeit vom 18. bis 24. August 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen Halle a. d. S. M. 800, Karlsruh. Umg. 450, Luckenwalde 400, Greiz 200, Serne 200, Effen a. d. R. in zwei Raten 225, Hamm l. B. 100, Rügen 80, Schwann 80, Diebenwalde 50, Erfurt 800, Maitzenow 300, Wösten l. S. 200, Waisburg 150, Hensburg 180, Brenslau 100,50, Ebstin 100, 25 Pf. l. D. 50, Nürnberg 400, Ziegen 180, Strausberg 80, Altenburg 800, Nordbarn 18, Fachsenburg 150, Rief. 1500, Wietzfeld und Umgegend 1100, Gannober in zwei Raten 1420,74, Bremen 800, Wülfen 800, Stuttgart 200, Elmshorn 181,10, Elmshorn von Streckunterstützung zurückgesch. 18,90,

Neubrandenburg 100, Rünster l. B. 100, Waldenburg l. Schl. 98, Oberburg 75,84, Grebesmühlen 40, St. Johann 150, Ratowitz 9,40.

Für Protokolle vom 7. Verbandstag in Berlin. Berlin u. Umg. M. 482, Rügen 4, Rünster l. B. (6. 8.) 15, Stehocz 14.

Für Protokolle vom 2. Ganarbeitskongress. Berlin und Umgegend M. 200, Rünster l. B. (6. 8.) 6, Stehocz 12.

Für Futterale. Rünster l. B. (6. 8.) M. 2, Hannover 20, Waldenburg 2.

Die Zweigvereine-Kassierer resp. Einsender von Geldern werden ersucht, auf den Postabzählungen genau anzugeben, wofür das eingehende Geld bestimmt ist.
Hamburg, den 24. August 1903.
S. Köster, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Zeile kostet 10 Pf.)
Breslau. Am Sonnabend, den 15. August, verstarb unser Mitglied **Oswald Kottwitz** im blühenden Alter von 20 Jahren.
Seggau. Am 22. August starb unser Kollege **Wihl. Arndt** aus Goppenswalde nach langem, schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren.
Krefeld. Am 20. August verstarb unser Kollege **Josef Pomas** durch Unfall im Alter von 21 Jahren.
Leipzig-Thonberg. Am 15. August starb nach schwerem Leiden das Mitglied **August Karl Graa** aus Dettendorf b. Schlegel im Alter von 64 Jahren.
München. Am 16. Juli starb unser treues Mitglied **Simon Betz** im Alter von 87 Jahren, und am 9. August unser bewährtes Mitglied **Franz Janker**, 29 Jahre 6 Monate alt, an der Lungenentzündung. Wir werden den Kollegen ein treues Andenken bewahren.
Sorau. Am 15. August verstarb unser treuer Verbandskollege **Ernst Koschwitz** im Alter von 21 Jahren an Scharlach.
Trebitz. Am 18. August verstarb unser langjähriges Mitglied der **Bayer Ernst Wölke** im Alter von 86 Jahren nach kurzer, schwerer Krankheit an Gelenkheumatismus. Der Verlorbene war allezeit ein fleißiger und tüchtiger Verbandskollege.
Ehre ihrem Andenken!

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 18. bis 22. August bezahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Heinrich Sagemann (Mentor) - Hannover, Buch-Nr. 81 190; Friedrich Mathes-Dranenburg, 097 883; Leopold Tzieler-Mühlgen, 87 639; Wilhelm Siemann-Kiel, 146 219; Wilhelm Mühlstein-Magdeburg, 42 706; Carl Hoffmann-Bernburg (Frau), 68 548; Hermann Maack-Stransee (Frau), 74 106; Friedrich Grapenstein-Hammer 5. S., 76 823; Carl Meyer-Harburg, 77 028; Ernst Gräber-Gallau, 58 041; Carl Ehrlich-Hamburg-Altona, 28 038; Billy Schlegel-Leipzig, 85 136; Richard Hilde-Leipzig (Frau), 66 084.
Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einsendung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Auftritt!

Um gefl. Mitteilung des derzeitigen Aufenthalts des am 30. Juli 1874 in **Seeben b. Trebitz (Bez. Halle)** geborenen **Maurers Friedrich Franz Guido Hoffmann** wird ersucht. Der Genannte soll euz ihm zugefallenes Erbschaft in Empfang nehmen.
Deffau, den 17. August 1903.

Hennig, Sekretär.

Gerichtlich bestellter Adressenpfleger.

Der Maurer **Hermann Langenstedt** wird bringend gebeten, so schnell wie möglich nach **Calbe a. d. S.** zu kommen, um die Erbschaft seines verstorbenen Vaters anzutreten.
Zu Aufträge der Adressanten:
[M. 1,50] **Carl Ritter, Vorst. des Zweigv. Calbe a. d. S.**

Luckenwalde.

Kollegen, die den Aufenthalt des **Maurers Gustav Lichtenberger** (Buch-Nr. 85 205) kennen, werden gebeten, die Adresse an den Kassierer **Karl Schulze**, Karlsru. 64, gelangen zu lassen.
[M. 1,80]

Die fremden **Maurer A. Lorenzen** und **K. Garms** werden ersucht, ihre Adresse sofort an **H. Kronig, Kaiserswerth a. Rh., pr.Adr.: Wilh. Dreuer**, gelangen zu lassen.

Zweigverein Altenburg.

Unter diehjähriges **Sommerfest** findet **Sonntag, den 6. September**, im „Waldschützen“ statt. Nachmittags 3 Uhr Konzert von der Stadtblaue, Abends Ball. Für allerhand Belustigung ist gesorgt. Die Kollegen von Altenburg und Umgegend sowie die aus den umliegenden Zweigvereinen werden freundlichst eingeladen.
[M. 2,70] **Das Festkomitee.**

Brake i. Oldenburg.

Sonntag, den 30. August:
* **Fahnenweihe** * verbunden mit **Gartenkonzert**, Kinderbelustigungen und Ball.
Hierzu werden sämtliche umliegenden Zweigvereine freundlichst eingeladen. [M. 2,40] **Das Festkomitee.**

Eisleben.

Der Zweigverein feiert nicht am 29. August, sondern am **5. September**, Abends 8 Uhr, im Saale der „Terrasse“ sein **Sommer-Vergnügen**, welches aus Konzert, Theater und Ball besteht. Alle Kollegen von Eisleben und Umgegend werden freundlichst eingeladen. [M. 2,70] **Das Komitee.**

Fürstenwalde a. d. Spree.

Der Zweigverein feiert **Sonabend, 5. September**, in den Räumen der „Schloßkellerei“ sein **7. Stiftungsfest** unter Mitwirkung des beliebten Duettistenpaares **Louise und Adolf Lüdors** aus Berlin. Alle Kollegen werden hiermit zu dem Feste freundlichst eingeladen. [M. 8] **Der Zweigvereinsvorstand.**

Gumbinnen.

Sonabend, den 12. September, feiert der Zweigverein sein **1. Stiftungsfest** bestehend in Konzert, Theater und Tanz. Alle Kollegen der Nachbarvereine sind hiermit freundlichst eingeladen. [M. 8] **Das Festkomitee.**

Frankfurt a. d. O.

Sonntag, den 13. September, von Nachmittags 3 Uhr, im „Eldorado“:
Feier des 11. Stiftungsfestes bestehend in Konzert, Vorträgen und Ball. Um rege Beteiligung der Kollegen von Frankfurt und Umgegend bittet. [M. 8] **Das Festkomitee.**

Schwiebus.

Der fleißige Zweigverein feiert **Sonabend, 5. September**, im Lokale des Herrn **Gondolatsch** sein diesjähriges **Sommer-Vergnügen**. Konzert, Theater, Ball. **Das Festkomitee.** [M. 2,70]

Trittau.

Sonntag, den 30. August 1903:
* **1. Stiftungsfest** * bestehend in Ball. Anfang 4 Uhr Nachmittags. Alle Kollegen von Trittau und Umgegend werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 2,70] **Der Vorstand.**

Verksamlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonabend, 29. August.
Elmsborn. Abends 8 1/2 Uhr Mitgliederversammlung bei H. Therge. Um sachliches Erscheinen wird gebeten.
Merseburg. Abends 7 1/2 Uhr außerordentl. Mittgl.-Vers. in der **Funkenburg**. Der wichtigen Tagesorden wegen ist das Ersch. all. Kolleg. notwendig.
Sonntag, 30. August.
Achim. Nachmittags 4 Uhr bei W. Hähle.
Bayreuth. Nachmittags 2 Uhr bei Fritz Wölz. Um sachliches Erscheinen wird gebeten.
Schkeuditz. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung in **Schkeuditz**. Sachliches Erscheinen ist notwendig.
Vollen l. M. Nachmittags 3 Uhr im Vereinslokale, Roullestr. 17, bei Paris. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Dienstag, 1. September.
Itzehoe. Abends 9 Uhr Mitgliederversammlung in der **Zentralherberge**. Z. D. O. Hauptkassierer. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Liegnitz. Abends 7 1/2 Uhr im Restaurant „Sankt-Johann“. Um sachliches Erscheinen wird gebeten.
Mittwoch, 2. September.
Bergedorf. Abends 8 1/2 Uhr bei Jentich, Grodkraße. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Guben. Abends 7 Uhr im Vereinslokale „Vogelgarten“. Um sachliches Erscheinen wird gebeten.
Sommerfeld. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokale. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.
Sonntag, 6. September.
Gross-Räschen. Vormittags 11 Uhr im **Rodonschen** Lokale. Sachliches Erscheinen notwendig.
Latschn. Nachmittags 3 Uhr Mitgliederversammlung bei Reigel. Alle Kollegen müssen erscheinen.
Wittstock. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokale. Alle Kollegen müssen kommen.
Gesellschaftliche Bauhandwerker-Versammlungen.
Sonntag, 30. August.
Cottbus. Vormittags 11 Uhr Maurer- und Bauhandwerker-Versammlung im „Weiß-Heidenschanz“. Um sachliches Erscheinen wird gebeten.
Glogau. Abends 8 1/2 Uhr findet im „Rathhaus“ des Herrn **Brauer** eine Bauhandwerker-Versammlung statt.
Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.
Sonabend, 29. August.
Lüneburg. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung bei Zimpe. Z. D. O. Abrechnung und Vergütung. Um das Erscheinen sämtl. Mittgl. wird dringend ersucht.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.